Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/4434

06. 08. 80

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der WEU

über den ersten Teil der 26. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der WEU vom 2. bis 5. Juni 1980

Während der Juni-Tagung erörterte die Versammlung der WEU Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

— **Politische Fragen** (Die Folgen der Entwicklung der Lage im Nahen und Mittleren Osten für die Sicherheit Westeuropas; die internationale Lage und die Sicherheit in Europa)

Hierzu sprachen die Abg. Mattick (S. 9), Müller (S. 10), Frau v. Bothmer (S. 11), Reddemann (S. 12), Dr. Vohrer (S. 14)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 349 betr. die Folgen der Entwicklung der Lage im Nahen und Mittleren Osten für die Sicherheit Westeuropas (S. 12)

Empfehlung 351 betr. die internationale Lage und die Sicherheit in Europa (S. 15)

— **Bericht des Rates der WEU** (25. Jahresbericht des Rates an die Versammlung; Politische Entwicklungen in Europa — Antwort auf den 25. Jahresbericht des Rates; Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 25. Jahresbericht des Rates)

Hierzu sprachen die Abg. Frau von Bothmer (S. 7), von Hassel (S. 5), Dr. Ahrens (S. 8)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 347 betr. die politische Entwicklung in Europa — Antwort auf den 25. Jahresbericht des Rates (S. 7)

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51

Empfehlung 348 betr. die Anwendung des Brüsseler Vertrages nach der Invasion Afghanistans durch die Sowjetunion (S. 8)

— **Verteidigung** (Neue Waffen und Verteidigungsstrategie; der Schutz gegen atomare, biologische und chemische Waffen; die Nordflanke und die Kommandobereiche Atlantik und Ärmelkanal)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Ahrens (S. 18), Reddemann (S. 20)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 345 betr. neue Waffen und Verteidigungsstrategie — Modernisierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen

Empfehlung 346 betr. neue Waffen und Verteidigungsstrategie — Auswirkungen der Technologie

— **Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt** (Zusammenarbeit der WEU-Mitgliedsländer bei Video-Kommunikationssystemen; verteidigungsrelevante Informationstechnologie; Stand der europ. Aktivitäten im Bereich der Luft- und Raumfahrt — Antwort auf den 25. Jahresbericht des Rates; ein europäisches Satellitenprogramm zur Entdeckung von Erdressourcen)

Hierzu sprachen die Abg. Lenzer (S. 22), Scheffler (S. 23)

Beschlüsse der Versammlung

Empfehlung 350 betr. die Zusammenarbeit der WEU-Mitgliedsländer bei Video-Kommunikationssystemen (S. 18)

Empfehlung 352 betr. die verteidigungsrelevante Informationstechnologie (S. 22)

Empfehlung 353 betr. ein europäisches Satellitenprogramm zur Entdeckung von Erdressourcen

— **Beziehungen zu den Parlamenten** (Informationsbericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten betr. die Beziehungen zu den anderen europäischen Versammlungen und Parlamenten der Mitgliedsländer)

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt. Der britische Abgeordnete Fred Mulley wurde von der Versammlung zum Präsidenten, Abg. Reddemann (CDU/CSU) zum deutschen Vizepräsidenten der Versammlung gewählt. Abg. Lenzer (CDU/CSU) wurde wieder Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt, Abg. Kittelmann (CDU/CSU) Stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses.

Den 25. Jahresbericht des Rates erstattete dessen amtierender Vorsitzender, der niederländische Außenminister van der Klaauw.

Zur Versammlung sprachen ferner der britische Staatsminister für Auswärtiges und Commonwealth-Angelegenheiten, Douglas Hurd, und der belgische Außenminister Charles-Ferdinand Nothomb.

Als parlamentarische Beobachter nahmen an den Verhandlungen Abgeordnete aus Dänemark, Griechenland, Norwegen und Portugal teil.

Bonn, den 20. Juni 1980

Dr. Manfred Geßner	**Gerhard Reddemann**
Sprecher	Stellvertretender Sprecher

Montag, 2. Juni 1980

Tagesordnungspunkt:

Neue Waffen und die Verteidigungsstrategie

(Drucksache 827)

(Abstimmung über zwei Empfehlungsentwürfe des Verteidigungsausschusses, die bereits während der Dezember-Tagung 1979 behandelt wurden)

Empfehlung 345

betr. neue Waffen und die Verteidigungsstrategie — die Modernisierung der Nuklearkräfte in und für Europa (TNF)

Die Versammlung

i) bedauert die Verschlechterung des militärischen Gleichgewichts aufgrund der ständigen Aufstokkung vieler sowjetischer Waffensysteme und bedauert besonders die erhöhte nukleare Bedrohung, die sich durch die sowjetische Dislozierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen — der Rakete SS-20 und des Backfire-Bombers — und einer großen Anzahl an atomaren Gefechtsfeldwaffen ergibt;

ii) ist der Auffassung, daß es für das Bündnis von wesentlicher Bedeutung ist, eine komplette Serie an Waffensystemen instand zu halten und notfalls zu modernisieren, um eine glaubwürdige militärische Kapazität in allen Teilen der Triade der konventionellen Waffen, der taktischen und der strategischen Kernwaffen sicherzustellen, auf die sich die Strategie der Abschreckung dank einer Kapazität der flexiblen Reaktion stützt;

iii) ist ferner der Auffassung, daß die politische Verantwortung für diese Strategie und deren Gefahren von allen Ländern des Bündnisses geteilt werden muß, die sich — wenn auch unter Berücksichtigung der verschiedenen nationalen Bedingungen — insbesondere bereit erklären müssen, die Stationierung solcher Waffen auf ihrem Territorium zuzulassen, falls dies für die Verwirklichung dieser Strategie erforderlich ist;

iv) ist der Auffassung, daß die unerläßliche Kontinuität zwischen den drei Teilen der Triade gefährlich geschwächt würde, wenn die Bedrohung durch die SS-20 Raketen und den Backfire-Bomber der Sowjets nicht durch die gesamtstrategischen Kapazitäten des Bündnisses ausgeglichen würde;

v) erinnert ferner daran, daß die Politik des Bündnisses darin besteht, Sicherheit sowohl durch Entspannung als auch durch Abschreckung anzustreben, und daß verläßliche Rüstungskontrollabkommen und vertrauensbildende Maßnahmen zur Herstellung eines militärischen Gleichgewichts ebenso beitragen können wie die Bereitstellung adäquater Waffensysteme;

vi) vermerkt deshalb, daß Breschnews Rede am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin ein Zeichen dafür sein kann, daß die Sowjetunion jetzt begreift, daß die NATO-Länder die Dislozierung der SS-20 als ernsthafte Bedrohung ansehen, und daß sie bereit ist, über den gesamten Fragenkomplex der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa zu verhandeln, auch wenn noch viele Punkte zu klären sind,

empfiehlt dem Rat,

A. den Nordatlantikrat aufzufordern:

1. den Versuch zu unternehmen, das militärische Gleichgewicht, das jetzt besonders durch die Dislozierung neuer sowjetischer Atomwaffensysteme bedroht ist, durch folgende Schritte wiederherzustellen:

   a) Die Entscheidungen zu treffen, die erforderlich sind, um zu gewährleisten, daß das wachsende Ungleichgewicht zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO im Bereich der TNF großer Reichweite zur gegebenen Zeit korrigiert wird;

   b) diese Entscheidungen mit einem festen Angebot zu verbinden, in Rüstungskontrollverhandlungen einzutreten, um Dislozierungen von TNF großer Reichweite auf beiden Seiten zu begrenzen;

   c) weiterhin eine Übereinkunft über beträchtliche Verringerungen der derzeitigen Anzahl der nuklearen Mittelstreckenwaffen der Sowjets anzustreben;

   d) sich zwischenzeitlich auf das gesamte Spektrum der bestehenden Waffensysteme, die in Europa, auf See und in den Vereinigten Staaten stationiert sind, zu stützen, um der Bedrohung durch den derzeitigen Umfang der sowjetischen Waffen zu begegnen;

   e) jede Gelegenheit für ein Abkommen über gegenseitige und ausgewogene Verringerungen der zentralen und taktischen Kernwaffen und der konventionellen Streitkräfte und Waffen wahrzunehmen.

Empfehlung 346

betr. neue Waffen und die Verteidigungsstrategie — die Auswirkung der Technologie

Die Versammlung

i) vermerkt mit Genugtuung, daß die Strategie der NATO in den letzten Jahren immer größeren Nachdruck auf die Rolle der konventionellen Waffen gelegt hat und daß die neuen präzisionsgelenkten konventionellen Waffen die Kernwaffen in einigen spezifischen militärischen Anwendungen ersetzt haben;

ii) räumt ein, daß die Anwendung der neuen Technologien zu Verteidigungszwecken unerwartete Auswirkungen auf das militärische Gleichgewicht und auf Rüstungskontrollvereinbarungen haben können, und fordert daher, daß über eine solche Anwendung eine anhaltende echte Kontrolle ausgeübt wird,

empfiehlt dem Rat,

A. den Nordatlantikrat aufzufordern,

1. die Auswirkungen der Anwendung neuer Technologien zu Verteidigungszwecken auf die Rüstungskontrollverhandlungen, wie z. B. die SALT III-Gespräche und die MBFR-Verhandlungen, zu berücksichtigen;
2. die derzeitige Politik, Kernwaffensysteme durch konventionelle Systeme mit gleicher Abschrekkungskraft zu ersetzen, wo immer dies militärisch durchführbar ist, aktiv fortzusetzen,

B. die Mitgliedsregierungen dringend aufzufordern:

1. einen Mechanismus einzurichten, um sicherzustellen, daß die Anwendung neuer Technologien zu Verteidigungszwecken Gegenstand überlegter und fundierter Regierungsentscheidungen bleibt;
2. ihren Parlamenten jährlich Berichte über die Auswirkungen aller neuen Verteidigungsausrüstungsprogramme auf die Rüstungskontrolle vorzulegen.

Tagesordnungspunkt:

Politische Entwicklungen in Europa — Antwort auf den 25. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 834)

Berichterstatter: Abg. Page

Anwendung des Brüsseler Vertrages — Antwort auf den 25. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 836)

Berichterstatter: Abg. Tanghe

von Hassel (CDU/CSU): Herr Präsident, ich hatte das Wort erbeten, um als scheidender Präsident dem neuen Präsidenten aufrichtigen Glückwunsch zu sagen und meinen Dank abzustatten für die freundlichen Worte der Anerkennung, die der heute gewählte Präsident für die dreijährige Arbeit gefunden hat, die ich in diesem Hohen Hause zu leisten die Ehre hatte. Ich darf für das Einverständnis danken, daß ich meinen Dank, in den ich auch das Generalsekretariat in London und die Mitarbeiter in diesem Hause einbeziehe, mit einigen politischen Betrachtungen verbinde, die ich Ihnen, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, im Beisein des amtierenden Ratspräsidenten, des Herrn niederländischen Außenministers, vortragen möchte. Ich habe einige Bemerkungen, die an den Rat gerichtet sind, und ich bin dankbar, daß Sie, verehrter Herr Minister, bereit waren, mir ein paar Minuten zuzuhören.

Ich möchte anschließen an den Bericht des Kollegen Page, den wir vor einer Dreiviertelstunde gehört haben. Dieser Bericht behandelt die politische Tätigkeit des Ministerrates und setzt sich mit dem gegenwärtigen Status der Westeuropäischen Union auseinander. In diesem Bericht wird aber auch die Aufforderung dargestellt, die zukünftige Rolle der Westeuropäischen Union im Rahmen der Entwicklung zu einer europäischen Union zu untersuchen. Zu dieser Frage nach der **Zukunft dieser Versammlung** möchte ich einige Minuten das Wort ergreifen, um in meiner Eigenschaft als scheidender Präsident und auf der Grundlage meiner 30jährigen parlamentarischen Tätigkeit als gewählter Abgeordneter ein paar Bemerkungen zu machen.

Meine dreijährige Amtszeit als Präsident dieser Versammlung, während der ich durch ein kleines, aber effizientes Sekretariat unterstützt wurde, hat mich oft mit Befriedigung erfüllt. Ich habe aber auch die grundlegende Schwäche der Westeuropäischen Union und ihrer Versammlung erkannt und habe mir Gedanken darüber gemacht, wie man die Arbeit beider Gremien wirksamer gestalten könnte.

Herr Präsident, wir alle kennen die schwachen Punkte der **Westeuropäischen Union auf Ministerebene**, und wir haben sie gerade eben sowohl von Ihnen, Herr Page, als Berichterstatter als auch von Herrn Tanghe gehört. Ich will diese schwachen Punkte aus meiner Sicht kurz skizzieren.

Der Rat tritt nur einmal im Jahr und nur zu einer kurzen Sitzung, gleichsam zu einer „Geburtstagsparty", formell zusammen — und dann gewiß nicht auf höchster Ebene. Der Berichterstatter, mein Kollege Page, hat das vor einer Stunde mit dem den Briten eigenen besonderen Charme sehr viel zartfühlender, dem Inhalt nach aber genauso ausgedrückt. Sie, verehrter Herr Kollege Page, entschuldigten den Rat allerdings damit, daß er von uns zu viele Berichte vorgelegt bekomme und diese möglicherweise nicht alle sorgsam studieren könne. Und Herr Kollege Page bittet, zu überlegen, ob wir nicht weniger Berichte erstatten sollten.

Verehrter Herr Kollege Page, ich bin Mitglied des Europäischen Parlaments. Dort hat man vor einigen Monaten eine Statistik bekanntgegeben, aus der sich ergibt, daß das Europäische Parlament pro Jahr 150 Millionen Blatt Papier bedruckt — 150 Millionen Blatt Papier! Das alles muß gelesen werden, und zwar von der vierfachen Zahl der Abgeordneten, die die Versammlung der Westeuropäischen Union hat, und von einem Ministerrat der Neun und nicht der Sieben. Die Zahl der Berichte ist also nicht dafür maßgebend, ob man im Ministerrat mit der Arbeit fertig werden kann.

Die erste Bemerkung also: Der Ministerrat tritt nur einmal im Jahr, gleichsam wie zu einer „Geburtstagsparty", zusammen und nicht auf höchster Ebene.

Und die zweite Bemerkung: Unser Rat ignoriert — auch das haben Sie behandelt — den Artikel VIII des revidierten Brüsseler Vertrages. Darauf habe ich im Zusammenhang mit der sowjetischen Invasion in Afghanistan bereits in meiner Erklärung vom 18. Januar dieses Jahres hingewiesen. Unser Rat — so sagte ich am 18. Januar — tritt niemals zusammen in Zeiten einer wirtschaftlichen oder sonstwie gearteten Bedrohung der Mitgliedstaaten der Union, es gibt keine einzige Mitgliedsregierung, die je eine solche Ratssitzung bei einer besonderen Situation

unmittelbar verlangt hätte, und dabei sind wir doch weiß Gott in diesen Tagen bedroht genug!

Ich möchte Ihnen, Herr Kollege Tanghe, dafür danken, daß auch Sie soeben einen Appell in der gleichen Richtung vorgetragen haben.

Unser Rat — und das sage ich, ohne den beiden Gastrednern nahetreten zu wollen, die während der gegenwärtigen Sitzungsperiode zu uns sprechen werden — entsendet nicht immer die Minister selbst zu unseren Debatten. Man sagt uns, die Minister hätten anderweitige Verpflichtungen, aber einige von ihnen finden doch zum Beispiel die Zeit, vor dem Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments zu sprechen, dem ich angehöre. Wenn sie nicht zu uns kommen, dann also doch wohl deshalb, weil wir in den Augen des Rates nicht wichtig genug sind. Das, verehrter Herr Präsident, muß anders werden, und ich werde Sie darin unterstützen, dieses Ziel zu erreichen.

Damit haben wir eine Situation, in der die Versammlung der Westeuropäischen Union, die der europäischen Verteidigung dienende Versammlung, die einzige europäische Versammlung ist, die es mit einem Ministerorgan zu tun hat, das im Grunde genommen nicht viel zu berichten weiß und dessen Bilanz nicht positiv ist. Dies ist, so scheint mir, für uns, für die Glaubwürdigkeit und das Ansehen dieses Parlaments, von ganz besonderer Bedeutung.

Manche mögen sich an diesen Zustand gewöhnt haben. Ich tue das nicht! Deshalb habe ich auch im vergangenen April einige Vorschläge bezüglich der Zukunft der Westeuropäischen Union gemacht. Heute möchte ich mich auf etwas konzentrieren, was nach meiner Meinung sofort, praktisch von heute auf morgen, geschehen könnte, um die Arbeit dieser Versammlung wirkungsvoller zu gestalten, und zwar unabhängig davon, was unser Rat dazu tut oder nicht tut. Und so möchte ich einen einfachen Vorschlag wiederholen, der keinerlei Maßnahmen von seiten der Regierung erfordert und auch nicht mehr Geld kostet. — Wir wissen ja — Sie, verehrter Herr Präsident, werden es noch hinreichend zu spüren bekommen —, was Geld bei der Westeuropäischen Union bedeutet; wir rechnen hier nicht in ECUs, wir rechnen in Sous.

Ohne daß irgendwelche Artikel des Brüsseler Vertrages geändert werden müßten, kann diese Versammlung mit einem Schlage ihren einzigartigen Status als Verteidigungsforum Europas dadurch unterstreichen, daß sie die politischen Fraktionen des Europäischen Parlaments auffordert, eine Anzahl von Beobachtern zu ihren nächsten Sitzungen zu entsenden, und zwar im zahlenmäßigen Proporz und auf eigene Kosten. Zu einem späteren Zeitpunkt soll das möglicherweise auch auf die Ausschüsse ausgedehnt werden.

Ich weiß, welchen Sturm der Entrüstung dieser Vorschlag bei einigen Leuten auslöste, als ich ihn zum erstenmal machte, nämlich auf dem Symposium der WEU in Brüssel im Oktober des vergangenen Jahres. Sie sehen immer die Gefahr, das irgendwelche finsteren Mächte, irgendwelche Ränkeschmiede am Werke sind, die die Westeuropäische Union ihrer **Verantwortung für Verteidigungsfragen** berauben und sie anderen europäischen Gremien übertragen wollen.

Herr Präsident, nichts könnte mir bei meinem Vorschlag ferner liegen. Ich möchte diese Persönlichkeiten aber daran erinnern, daß der Brüsseler Vertrag nicht ihr persönliches Eigentum ist, ein Reservat, in dem sie den Kopf in den Sand stecken und sich jedem Fortschritt widersetzen können. Der Brüsseler Vertrag gehört Europa. Er ist das einzige militärische Bündnis europäischer Partner, auf dessen Grundlage jener „europäische Stützpfeiler der Allianz" errichtet werden könnte, dessen Fehlen uns heute so schmerzlich bewußt wird und dessen Schaffung Präsident Kennedy schon im Jahre 1962 forderte.

Heute haben wir die Situation, daß in Europa zwei parlamentarische Versammlungen sind, die wirklich wichtige Aufgaben zu erfüllen haben: einerseits das direkt gewählte Europäische Parlament mit 410 Mitgliedern, manche davon herausragende politische Persönlichkeiten, ein Parlament, das 200 Millionen Europäer vertritt und ein wichtiges Mitspracherecht bei der Gestaltung unserer Gemeinschaft hat, jedoch nach dem Römischen Vertrag bezüglich der Entwicklung der europäischen Verteidigung kaum etwas zu sagen hat; andererseits die kleine Versammlung der Westeuropäischen Union mit Kompetenzen auf dem Gebiet der Verteidigung, die sich aber mit einem Rate konfrontiert sieht, von den zuständigen Ressortchefs ignoriert wird und deren streng begrenzte beratende Funktion ihr nicht einmal die Befugnis gibt, den eigenen Haushalt zu verwalten.

Herr Präsident, es kann nicht auf die Dauer mehrere Europas geben, das Europa der Neun nach dem Vertrag von Rom und das Europa der Sieben nach dem Vertrag von Brüssel. Wir müssen den Weg bereiten, damit zu gegebener Zeit beide miteinander verschmolzen werden können, und wir wissen, daß die Zeit und Breschnew gegen uns arbeiten.

Es ist in dieser Versammlung Tradition, zu ihren Sitzungen Beobachter zu den sie interessierenden Tagesordnungspunkten aus europäischen Ländern einzuladen, die nicht Mitglieder der Westeuropäischen Union sind. In meiner Amtszeit als Präsident hatten wir u. a. Beobachter aus Norwegen, aus Dänemark — wie auch heute —, aus Griechenland und aus Spanien bei uns. Warum sollten wir deshalb nicht auch Beobachter des Europäischen Parlaments einladen, deren Unkosten von ihren Fraktionen getragen würden und die bei unseren Sitzungen natürlich das Rederecht, aber nicht das Stimmrecht haben sollten?

Man könnte auf diese Weise am besten vermeiden, daß sich das Europäische Parlament doch immer wieder mit Verteidigungsfragen befaßt, was gerade diejenigen so sehr fürchten, die meinen, heute noch einmal gegen diesen Vorschlag sein zu müssen. Dieser Vorschlag beinhaltet selbstverständlich, daß auch das Europäische Parlament Beobachter aus unseren Reihen einlädt, wenn es in Straßburg Fragen behandelt, die uns berühren.

Herr Präsident, ich hoffe, daß man diesen meinen Vorschlag ernst nehmen wird. Die Verteidigung Eu-

ropas ist eine zu ernste Sache, um sich institutionelle Rivalitäten zu erlauben, und wir sind doch wohl alle Europäer, ob wir nun unter der Flagge der Westeuropäischen Union oder unter der Flagge der Europäischen Gemeinschaft segeln.

Wir müssen Wege der Zusammenarbeit finden zwischen dem Europa der Neun, das schon eine Realität ist, und dem Europa der Sieben. Natürlich muß die Identität der jeweils anderen Organisation respektiert werden, wenn wir uns anschicken, im Rat des Atlantischen Bündnisses und der Völkergemeinschaft in der Welt mit einer Stimme zu sprechen.

Ich greife den Satz auf, den Mr. Page als Berichterstatter soeben sagte: „Wir müssen unsere Organisation neu durchdenken und neu anpassen zur Erhöhung unserer Sicherheit und Stabilität." Dies ist meiner Meinung nach der erste Schritt, den wir tun müssen, um die Versammlung der Westeuropäischen Union um eine neue Dimension zu erweitern, ihr neues Leben einzuhauchen und sie vor der Gefahr zu bewahren, daß sie sich zu einer rein akademischen Institution ohne Realitätsbezug entwickelt. Sie braucht dringend neues politisches Blut, um sich bei den gleichgültig reagierenden Regierungen Gehör zu verschaffen und bei der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Außenpolitik ihren Einfluß geltend zu machen.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident, lassen Sie mich zum letztenmal als Vorsitzende im Namen des Ausschusses für die politischen Angelegenheiten zu dem Page-Bericht das Wort ergreifen.

Auch in meinen Augen ist es schwierig, das Problem, mit dem sich dieser Bericht befaßt, zufriedenstellend zu lösen. Denn von seiten des Ministerrats erleben wir eine permanente, wenn auch höfliche Zurückhaltung; zugleich vernehmen wir von ihm aber immer die warme Zusicherung, daß, was wir tun, von ungeheurer Wichtigkeit ist und daß für unsere Regierungen nichts so wichtig ist wie die Unterstützung der WEU.

Wir leben deshalb in einem Wechselbad von Resignation und schwachem Optimismus. Dennoch sprechen wir von den besonderen Aufgaben und der besonderen Verantwortung, die bei uns liegt, ja, wir sehen, daß hier eine besondere Verantwortung liegt. Aber anscheinend sehen wir dies wirklich nur allein.

Wenn nun eine besondere Aufgabe bei uns liegt: wie sollen, wie können wir ihr gerecht werden? Wie können wir auf dem Felde der **Verteidigung und der Sicherheit** einen wichtigen Part spielen, wenn wir an der langen Leine aus temperiertem Wohlwollen unserer Regierungen geführt werden? In der Tat ist es für diese Versammlung schwer, einen guten Part zu spielen, wenn wir zuwenig Unterrichtung durch den Rat erfahren. Trotz bestehender Verträge müssen wir immer wieder um Zusammenarbeit bitten und erfahren dennoch nur wenig mehr als Zuspruch.

Wenn wir allerdings hören — und auch das wurde ja heute schon deutlich —, daß der Rat bei seinen kurzen Treffen kaum über die Themen diskutiert, die uns interessieren und zu denen wir ihm Fragen stellen, daß er also meinetwegen gar nicht in der Lage ist, zu Afghanistan, zu Iran oder zum Nahen Osten wirklich aktuell Stellung zu nehmen, dann weiß ich auch nicht, wie das besser werden soll. Es wäre vielleicht doch Sache des Rates, sich einmal zu überlegen, wie er seinerseits der Aufgabe gerecht werden kann, die er doch immerhin innerhalb der Verträge gegenüber der Versammlung hat. Sicher hat Herr Mommersteeg sehr recht, wenn er davon spricht, daß es eine echte Integration geben muß. Denn was soll uns sonst das Reden über gemeinsame Außenpolitik nützen! Ich finde, gerade hier wird sehr deutlich, daß es einfach des echten Willens zur Integration bedarf. Vielleicht, liebe Kollegen, sind wir nur dann in der Lage, als Europäer dem Rüstungswettkampf nicht zum Opfer zu fallen. Ich beziehe mich hier auf die Worte, die Herr Hanin gesagt hat.

Weil wir dies alles klar vor Augen haben, ist, glaube ich, die Empfehlung, die Herr Page ausgearbeitet und der der Auschuß zugestimmt hat, außerordentlich wichtig. Sie formuliert unsere Anliegen klar und sachlich, allerdings in sehr höflicher Form. Ich habe das jetzt etwas deutlicher gesagt. Ich glaube, weil sie so höflich und noch gar nicht einmal so deutlich ist, wie sie eigentlich sein müßte, könnte jedermann ihr zustimmen.

Empfehlung 347

betr. die politischen Entwicklungen in Europa — Antwort auf den 25. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

erinnert daran, daß das Jahr 1980 im Zeichen des Beginns der zweiten Hälfte der Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrags steht und begrüßt die Tatsache, daß das Verhältnis zwischen dem WEU-Rat und der Versammlung auf einer soliden Grundlage ruht;

vermerkt mit Genugtuung die vom Rat erneut bekundete Absicht, den Dialog mit der Versammlung über verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrags fortzusetzen, sowie die flexible und wirksame Art, in der er generell Informationen zur Verfügung gestellt hat, insbesondere in bezug auf die Ergebnisse der Studie, die vom Ständigen Rüstungsausschuß durchgeführt wird;

weist darauf hin, daß sich Artikel 1 des geänderten Brüsseler Vertrags zwar gegen eine Überschneidung der Arbeit ausspricht, aber auch die wirksamste Unterstützung der „Arbeit anderer wirtschaftlicher Organisationen, in denen die Hohen Vertragschließenden Teile vertreten sind oder vertreten werden", befürwortet;

begrüßt die Tatsache, daß der Rat für seine gemeinsamen Tagungen mit den Ausschüssen der Versammlung die Anwendung eines informellen Verfahrens vorschlägt, „das jedem Mitglied des Rates die Möglichkeit gibt", neben dem Ausdruck den Kollektivansichten des Rates „die Meinung seiner Regierung zu erläutern";

geht davon aus, daß sich die WEU zu gegebener Zeit an einem neuen Rahmen der europäischen Zusammenarbeit beteiligen soll und daß der Politische Ausschuß alle sich daraus ergebenden Änderungen für die Organisation der WEU prüfen sollte;

ist sich bewußt, daß Europa zur Bewältigung seines Schicksals in politischer Hinsicht auf der Grundlage einer wahrhaft integrierten und koordinierten Außen- und Verteidigungspolitik organisiert werden muß,

empfiehlt dem Rat,

1. seine Bemühungen fortzusetzen, um die Versammlung regelmäßig mit allen geeigneten Mitteln auf dem laufenden zu halten über:
   a) den Fortschritt der Arbeit der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe, insbesondere in Bereichen, die für die Versammlung von spezifischem Interesse sind;
   b) die Teile der vom Ständigen Rüstungsausschuß unternommenen Studie, die abgeschlossen sind und nicht militärischer Geheimhaltung unterliegen;
   c) Angelegenheiten, die für die Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrags wichtig sind, auch wenn sie von den Regierungen der Mitgliedstaaten in anderen Organisationen behandelt werden;
2. es bei der Unterrichtung der Versammlung über die Ergebnisse der politischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten nicht zu unterlassen, auch über Fragen zu berichten, über die keine zufriedenstellenden Ergebnisse erzielt oder gar angestrebt worden sind;
3. zu diesem Zweck nicht nur eine bessere Verbindung zwischen den Regierungen, sondern auch zwischen der NATO und anderen relevanten Organisationen anzustreben, damit Fragen, die nicht innerhalb dieser Organisationen behandelt worden sind, Gegenstand eines Meinungsaustauschs im Rahmen des WEU-Rates sein können;
4. zusammen mit dem Präsidenten der Versammlung die Art und Weise zu prüfen, in der Fragen, die bei gemeinsamen Tagungen von Mitgliedern zuständiger Ausschüsse aufzuwerfen sind, „kollektive" Antworten erhalten können;
5. die jetzt zu ergreifenden organisatorischen Maßnahmen zu prüfen, damit die WEU, wenn die Zeit reif ist, bereit ist, ihren Platz in einem weiteren Rahmen der europäischen Zusammenarbeit einzunehmen.

Bei der Abstimmung über die nachstehende Empfehlung 348 brachte Abg. Dr. Ahrens (SPD) einen Änderungsantrag ein, der angenommen wurde:

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident, durch das von mir vorgelegte Amendement wird in der Sache nichts geändert. Ich meine lediglich, daß das Wort „elsewhere" oder französisch „ailleurs" den Schluß nahelegen könnte, daß die Truppen der NATO-Staaten praktisch überall in der Welt eingesetzt werden. Wir meinen, es sollte über alle Dislozierungen berichtet werden. Daher sollten wir das Wort „elsewhere" bzw. „ailleurs" weglassen. Ich glaube, der Berichterstatter könnte damit einverstanden sein, weil der sachliche Gehalt des Berichts dadurch in keiner Weise geändert wird.

(Schluß: 18.18 Uhr)

Empfehlung 348

betr. die Anwendung des Brüsseler Vertrags nach der Invasion der Sowjetunion in Afghanistan

Die Versammlung

i) ist der Auffassung, daß es zu einer Zeit, in der die Streitkräfte der Sowjetunion soeben in ein Nichtmitgliedsland des Warschauer Pakts eingedrungen sind, unbedingt erforderlich ist, die gegenseitigen Verteidigungsverpflichtungen gemäß Artikel IV, V und VIII.3 des geänderten Brüsseler Vertrags erneut zu bekräftigen;

ii) erinnert an die Empfehlungen in dem Bericht über strategische Mobilität, der vom Ausschuß für Verteidigungs- und Rüstungsfragen vorbereitet wurde;

iii) ist der Auffassung, daß keine Bestimmung des geänderten Brüsseler Vertrags die Sicherheit des Bündnisses gefährden darf und stellt fest, daß der Rat die in Protokoll Nr. III vorgesehenen Kontrollen nur zum Teil anwendet;

iv) ist bestrebt, die Beschaffenheit der Verpflichtungen, die im Rahmen des Vertrages eingegangen wurden, zu klären,

empfiehlt dem Rat,

1. zu bedenken, daß Konsultationen im Nordatlantikrat gegebenenfalls als Ergänzung der in Artikel VIII.3 des geänderten Brüsseler Vertrags vorgesehenen Beratungen dienen können, um so die Eigenverantwortung eines jeden der sieben Mitgliedsländer und die entsprechenden Bestimmungen des Brüsseler Vertrags und des Nordatlantik-Vertrags erneut zu bekräftigen;
2. die Verstärkung der Verteidigung in allen Mitgliedstaaten durch die vordringliche Durchführung von Maßnahmen des langfristigen Verteidigungsprogramms von seiten der betroffenen Staaten zu fordern, um insbesondere der Lage im Mittleren Osten Rechnung zu tragen;
3. in den zuständigen NATO-Organen die Zuordnung der deutschen Marinestreitkräfte zu SACLANT und zu SACEUR mit dem alleinigen Ziel zu billigen, die verfügbaren alliierten Streitkräfte für die gemeinsame Verteidigung am besten zu nutzen;
4. Absatz V von Anlage III zu Protokoll Nr. III des geänderten Brüsseler Vertrags zu streichen;

5. von dem Verfahren Gebrauch zu machen, nach dem die NATO Unterlagen für Antworten auf entsprechende Empfehlungen der Versammlung zur Verfügung stellen kann;
6. in künftigen Jahresberichten den derzeitigen Hinweis auf die auf dem europäischen Festland stationierten Landstreitkräfte des Vereinigten Königreichs durch einen entsprechenden Hinweis auf die Zweite Taktische Luftstreitmacht des Vereinigten Königreichs und jegliche Umdislozierung dieser Streitkräfte, die die Genauigkeit der angegebenen Zahlen beeinträchtigen können, zu erweitern;
7. in seinem Sechsundzwanzigsten Jahresbericht die aktuelle Lage im Hinblick auf die von den Mitgliedsländern unterhaltenen Vorräte an chemischen Waffen zu klären, und darin die vom Rat gebilligte derzeitig gültige Liste chemischer Produkte, die vom Amt für Rüstungskontrolle zu kontrollieren sind, zu veröffentlichen.

Tagesordnungspunkt:

25. Jahresbericht des Rates an die Versammlung

(Drucksache 833)

Berichterstatter: Außenminister van der Klaauw (Niederlande)

Frau von Bothmer (SPD): Herr Minister, Sie haben davon gesprochen, daß der Bericht des Rüstungsausschusses zeitgerecht vorgelegt werden wird. Darf ich Sie fragen, was wir unter „zeitgerecht" zu verstehen haben. Meinen Sie damit in diesem Jahr oder im nächsten Jahr?

Dr. van der Klaauw, Außenminister der Niederlande: Auf die Frage von Frau von Bothmer möchte ich antworten, daß die Vorlage des Berichts des Rüstungsausschusses meiner Ansicht nach eine Sache von Jahren sein wird.

Dienstag, 3. Juni 1980

Tagesordnungspunkt:

Die Folgen der Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten für die Sicherheit Westeuropas

(Drucksache 844)

Berichterstatter: Sir Frederic Bennett

Mattick (SPD): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich an einem solchen Tage rückblickend die Frage stellt: Was ist geschehen? —, muß man immer wieder feststellen, daß es in der Politik viele Menschen und viele Gruppen gibt, die unter dem Eindruck ihres eigenen Lebensstandards meinen: Zeit heilt Wunden; lassen wir uns Zeit, und allmählich wird vieles vergessen. Ich möchte mich gegen diese Vorstellung deshalb zur Wehr setzen, weil die These, daß die Zeit in der Politik alles heilt oder heilen kann, falsch ist. Auch Stahl fängt an zu rosten, und Wunden fangen an zu eitern. Und dann kommt ein Punkt, wo alles, alles zu spät ist. Ich denke dabei an die Türkei, an Griechenland und Zypern. Darüber haben wir vor Jahren hier gesprochen. Ich denke auch an Israel und Palästina.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich jetzt noch etwas anderes dazu sage: Ich denke an **1914.** Der Kaiser rief, und alle, alle kamen. Ich erinnere mich an eine Szene, die ich als Sechsjähriger erlebt habe. Damals, im Juli 1914, kamen die Einberufungsbefehle in die Familien, und die Familienväter, auch die junge Generation, gingen mit viel Freude an die Front, um für den Kaiser das Reich zu retten — mit der Vorstellung: Weihnachten ist alles vorbei. — Es wurde Weihnachten 1918, und dann war wirklich alles vorbei. Es war die schlimmste Katastrophe, die meine Generation damals erlebt hat.

Nach 1918 gingen wir, die junge Generation, mit dem Ziel in die politische Auseinandersetzung: Nie wieder Krieg! Wir begriffen nicht, was sich im eigenen Land zugetragen hatte. Bis dann 1933 der innere Frieden im damaligen Deutschen Reich zerbrochen ist.

Dann, meine Damen und Herren, kam die nächste Entwicklung, und an die möchte ich auch noch einmal erinnern. Ich habe 1936 als junger Mensch in Berlin zusammen mit einigen Freunden mit zusammengebissenen Zähnen am Brandenburger Tor gestanden, als die Olympiade-Teilnehmer nach Berlin kamen und vor Hitler defilierten. Damals konnte man sagen: Herr Hitler hat gerufen, und alle, alle kamen. Wer dies erlebt hat, weiß, wie man auch **mit einer Olympiade Politik** machen kann. Während der Zeit, als die Olympiade stattfand, 1936, war Hitler längst dabei, mit Riesenschritten seine Aufrüstung voranzutreiben. Ich entsinne mich noch, daß damals die Labour Party im Unterhaus sagte: Wir rüsten ab, auch wenn Hitler aufrüstet. — Wir haben damals viele Fehler erlebt.

Ein Schriftsteller, Emil Ludwig, der sich nach 1918 viel mit dem Krieg auseinandergesetzt hat, hat ein Buch geschrieben, „1914". Darin sagt er, es hätte nicht der Klugheit eines Bismarck bedurft, um den dümmsten aller Kriege zu verhindern. Er meinte damit den Weltkrieg 1914—1918. Auch der Zweite Weltkrieg, meine Damen und Herren, ist nicht verhindert worden.

Wenn man das einmal vor Augen hält, muß man bei unseren Diskussionen hier heute, gestern und morgen, glaube ich, ernsthaft prüfen: Was erreichen wir mit der Diskussion, was tun wir, um das, was wir hier erkennen, nicht nur ins Bewußtsein anderer zu bringen, sondern politisch handlungsfähig zu werden?

Ich habe zwar den Eindruck, daß die Vorgänge in Afghanistan die Gemüter sehr aufgerührt haben, daß viele aber im Grunde genommen immer noch die Vorstellung haben, hier in Europa: Es ist ja ziemlich weit weg.

Heute fragt man in der Welt nicht: Wie ist die Lage Europas? Heute fragt man in der Welt, wenn man von Europa spricht und anerkennt, daß dieses Europa heute etwas darstellt: **Was tut Europa?**

Ich sehe in diesem Raum einige Kollegen, die ich vor drei Wochen auch in Brüssel gesehen habe. Dort tagte die **KSZE,** die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Bei dieser Zusammenkunft nach Afghanistan standen die Sowjetunion und der Ostblock in einem ziemlichen Feuer. Aber sie sind gekommen, und wir haben uns mit ihnen auseinandergesetzt. Wir haben dort einstimmig gefaßte Entschließungen zustandegebracht, denen auch die Kommunisten aller Nationen zugestimmt haben. Aber wir machen nichts daraus. In der Presse habe ich kaum eine Zeile darüber gelesen, was diese KSZE nach Afghanistan eigentlich bedeutet hat. Durch diese Konferenz vor drei Wochen in Brüssel wurde etwas deutlicher, daß innerhalb des Ostblocks in der Tat Bewegungen entstanden sind, die nicht wollen, daß es zum Bruch kommt, zu militanten Auseinandersetzungen, daß die Regierungen und die politischen Kräfte der einzelnen Ostblockländer den Versuch machen, den Zwang aufzulockern, daß sie versuchen, andere Formen zu entwickeln. Aus dieser Entwicklung sind — wir haben das vor drei Wochen in Brüssel erlebt — Entschließungen zustande gekommen. Wenn diese Entschließungen von den Parlamentariern in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten und den Reaktionären in den eigenen Ländern verwertet werden, dann ist in Brüssel mehr getan worden, als die meisten erkennen, sofern sie sich überhaupt darum kümmern.

Ich fragte: Was tut Europa?, und wollte damit ausdrücken: Wir können hier nicht so tun, als sorgten wir für Europa, und dabei um die Welt trauern. Wir müssen wissen, was wir für die Welt tun können.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Wir sind in einer Schwierigkeit, wenn wir das türkisch-griechische Verhältnis und Zypern betrachten. Wenn wir der Türkei nicht alle Hilfe bieten, die möglich ist, scheidet die Türkei infolge ihrer inneren Situation als Partner aus. Wir tun das in dem Wissen, daß die Türkei auf Zypern auch nicht recht gehandelt hat. Es ist an der Zeit, die Probleme, die mit Zypern zusammenhängen, aufzugreifen. Der Zerfall der Koalition zwischen Kyprianou und den Kommunisten ist so weit fortgeschritten, daß von daher große Gefahren auch für die Entwicklung auf Zypern bestehen.

Ich habe meine Redezeit schon überschritten. Ich bitte um Entschuldigung. Ich möchte noch eine Schlußbemerkung machen.

Wir müssen die Frage: „Was tut Europa?", in eine große Auseinandersetzung, in eine große Debatte umsetzen. An die Kräfte dort, wo jeden Tag Feuer entflammen kann, müssen wir appellieren, und wir müssen ihnen sagen: Es ist an der Zeit, daß die Kontrahenten aufeinander zugehen. Wo immer es ist — ob in Ankara, ob in Athen, ob auf Zypern, ob in Israel, ob in Ägypten —, es ist an der Zeit, daß man aufeinander zugeht in dem Wissen: Zeit heilt nicht die Wunden, sondern Zeit kann vergeudet werden. Und wenn man glaubt, daß es von alleine läuft, kann das zu einem Unheil führen.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich dem Berichterstatter, Sir Frederic Bennett, recht herzlich für den ausgewogenen Bericht danken, den er vorgelegt hat. Ich glaube, er enthält im großen und ganzen das, was gemeinsame Überzeugung der Mitglieder der Versammlung ist.

Lassen Sie mich zunächst eine Feststellung zu der Rede des Kollegen Mattick treffen, die er heute gehalten hat. Der Kollege Mattick hat gesagt, er werde bei der aktuellen Situation an das Jahr **1914** erinnert. Ich möchte diese Parallele nicht ziehen, sondern ich möchte mehr an die Situation vor **1939** denken. Denn es gab, was die Zeiten vor den beiden Weltkriegen und die Einstellung dazu angeht, gravierende Unterschiede. 1914 war man im Grunde genommen bereit, das Risiko eines Krieges einzugehen, und die Großmächte schlitterten, wie es von Historikern ausgedrückt wurde, in den 1. Weltkrieg hinein. Vor dem 2. Weltkrieg war die Situation ganz anders. Vor dem 2. Weltkrieg sprach man nie vom Krieg, sondern immer nur von Entspannung und Frieden, und darin sehe ich eine gewisse Parallelität zur Gegenwart.

Adolf Hitler sprach seit dem 30. Januar 1933, also seit dem Tage, an dem er deutscher Reichskanzler wurde, ununterbrochen vom Frieden, obwohl er den Krieg vorbereitete, und es gab viele, die darauf hereinfielen — ich möchte sagen: in der Anfangszeit fast alle bedeutenden europäischen politischen Bewegungen und Staatsmänner. Es klingt heute kaum glaubhaft, daß selbst eine Partei wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands am 17. Mai 1933 der Resolution des Reichstages zur Friedenserklärung Adolf Hitlers zugestimmt hat. Wenn man das heute im nachhinein hört, glaubt man, daß das eigentlich gar nicht möglich sein konnte. Aber es war Tatsache. Genauso glaubten die Staatsmänner Frankreichs und Englands bis 1939 immer wieder den Friedensbeteuerungen eines Diktators und wurden erst dann aus den Illusionen gerissen. Das heißt, je mehr man damals von Frieden und Entspannung redete, desto größer wurde die praktische Gefahr, daß es zum 2. Weltkrieg kommen würde. Und als man dann nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen nicht mehr anders konnte, kam es zu diesem fürchterlichen Krieg.

Daran werde ich erinnert, wenn ich die gegenwärtige Diskussion betrachte. Denn auch die gegenwärtige Diskussion ist ja von der Annahme ausgegangen, daß wir in ein Zeitalter des Friedens und der Entspannung eingetreten seien und daß es im Grunde genommen keine Kriegsgefahr mehr geben könne, wenn die Großmächte vernünftig miteinander redeten.

1939 war es ja durch den Pakt zwischen Stalin und Hitler möglich, daß zumindest in Osteuropa eine gewisse Machtaufteilung vorgenommen würde, und man war damals bereit, Opfer hinzunehmen, für die es später keine Befreiung mehr gab — wenn man an das Schicksal der drei baltischen Staaten oder der heutigen Sowjetrepublik Moldau oder andere Teile denkt. Wenn wir das mit dem vergleichen, was in **Afghanistan** passiert ist, wissen wir,

daß das, was seit etwa 1969/70 in der aktuellen Diskussion zwischen den Staaten als „Entspannungspolitik" erörtert wird, zumindest in einem gewissen Sinne mit einem Fragezeichen zu versehen ist. Natürlich wußte man auch vorher schon, daß die Dialektik von der friedlichen Koexistenz eben typisch materialistische Dialektik war, daß man äußerlich den Krieg ablehnte, ihn aber im Verborgenen unter dem Vorwand von Klassenkämpfen oder inneren Auseinandersetzungen selbstverständlich weiter anerkannte. Erst Afghanistan, der Einmarsch der Roten Armee und der massive Einsatz regulärer Truppen in einem solchen Klassenkonflikt — wenn ich das einmal so bezeichnen darf —, machte den imperialistischen Charakter der gegenwärtigen sowjetischen Politik klar. Dadurch wurde zugleich deutlich, daß das Wort von der Entspannung zumindest von jener Seite her ein Wort geblieben ist.

Insofern überrascht es mich nicht, wenn der französische kommunistische Kollege, — er ist leider nicht mehr da — heute die Politik Moskaus genauso verteidigt, wie die Genossen in seiner Partei, in der französischen kommunistischen Partei, 1939 den Hitler-Stalin-Pakt verteidigt haben. Man richtet sich immer nach Moskau aus. Man nimmt hier zumindest in der französischen Kommunistischen Partei keinerlei abweichende Position ein.

Es klingt schon wie ein Hohn, wenn er sagt: Die Kinder und Frauen brauchen nur aus Pakistan oder aus dem Iran zurückzukommen; es erwartet sie eine Amnestie in Afghanistan. Als ob Kinder und Frauen eine Amnestie nötig hätten, weil sie vor Napalmbomben und vor zerstörerischen Angriffen auf afghanische Dörfer über die Grenze geflohen sind!

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage, inwieweit der Frieden sicherer geworden ist, von dem man in den letzten zehn Jahren im Rahmen der **Entspannungspolitik** gesprochen hat. Ich möchte dieses Wort bewußt aufgreifen, weil ich einer der wenigen Abgeordneten meiner christdemokratischen Fraktion in meinem Lande war, die im Jahre 1972 im Deutschen Bundestag nicht gegen, sondern für die Ostverträge gestimmt haben, welche ja damals unter dem Motto verabschiedet worden sind, daß der Frieden durch solche Verträge sicherer geworden sei.

Daran habe ich starke Zweifel, wenn ich allein den Satz lese, der am 5. Januar dieses Jahres im Parteiorgan der Deutschen Kommunistischen Partei, in der UZ, in einem Leitartikel stand. Der stellvertretende Chefredakteur der Zeitung schreibt dort zum Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan, daß dieser Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan den Frieden sicherer gemacht habe. Das heißt, das gleiche Argument, das der Entspannungspolitik diente, wird jetzt gebraucht, um den Einmarsch einer aggressiven Armee in ein Nachbarland zu verteidigen. Damit verhöhnt man — wenn ich das einmal so formulieren darf — alle diejenigen, die ernsthaft an die Bereitschaft der Sowjetunion zur Entspannung geglaubt haben.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung zu der Reaktion auf Afghanistan machen. Ich will das aus Zeitgründen ganz kurz tun. Wie immer man über den amerikanischen Präsidenten und seine Aufforderung zu einem Boykott denken mag, darüber, ob das sehr geschickt formuliert war — ich überlasse die Antwort der Zeitgeschichte; auch ich habe hier meine Zweifel —: Die Europäer hätten zumindest erkennen müssen, daß es eine **moralische Pflicht** gegeben hat, auf den Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan zu reagieren, und zwar nicht aus Solidarität mit den Amerikanern, sondern aus Solidarität mit den Kindern, Frauen und Männern, die in Afghanistan unter dem sowjetischen Imperialismus leiden müssen.

Und wenn das Internationale Olympische Komitee vor Jahren bei seiner Sitzung in Montevideo in Uruguay beschlossen hatte, daß die Olympischen Spiele 1980 „Spiele des Friedens" genannt werden sollten, dann hätte die moralische Konsequenz der Sportler und der Sportfunktionäre — nicht der Regierungen, nicht der Politiker, sondern aller derjenigen, die sich zum Westen, zu einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, bekennen — die sein müssen: Solange Kinder und Frauen gemordet werden, kann es keine „Spiele des Friedens" in Moskau geben, kann man nicht an solchen „Spielen des Friedens" teilnehmen.

Es ist für uns bezeichnend — und damit möchte ich schließen —, daß zwar fast alle Regierungen, fast alle bedeutenden Politiker, die wir in den Mitgliedsländern dieser Versammlung haben, gegen eine Teilnahme ihrer Sportler an den Spielen in Moskau waren — das niederländische Parlament hat eine entsprechende Entschließung gefaßt, ebenso das britische Unterhaus, der Deutsche Bundestag —, daß aber der Einfluß der politischen Führungskräfte in diesen Ländern nicht groß genug ist, um zu verhindern, daß die Sportler bzw. ihre Funktionäre keine Schlußfolgerungen daraus gezogen haben. Ich habe allen Respekt vor jenen Sportlern, die trotz positiver Beschlüsse ihrer Nationalen Olympischen Komitees, in Moskau teilzunehmen, persönlich gesagt haben: Nein, ich nehme nicht teil. Sie sind echte Vorbilder eines sportlichen Geistes, Vorbilder, die in diesen Tagen unseren Respekt und unsere Achtung verdienen.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Präsident! Ich möchte noch einmal, ein letztes Mal, als Präsident des Ausschusses das Wort ergreifen. Es ist selbstverständlich, daß die Probleme in **Nahen** und im **Mittleren Osten** miteinander verbunden sind. Kein Problem steht alleine. Das bringt der Bericht von Sir Frederic in vorzüglicher Weise zum Ausdruck.

Für die Araber aber ist das Problem der Israelis und der Palästinenser das Problem Nr. 1, und zwar für alle arabischen Länder. Diese Probleme hängen so eng miteinander zusammen, daß es uns die Vernunft gebietet, vor allem das Problem Nr. 1 aufzunehmen. Wir dürfen nicht denken, wir könnten es erst einmal liegenlassen, und es werde sich dann schon positiv entwickeln. Es wird sich nicht entwickeln. Wir haben das in der letzten Zeit schmerzlich erfahren müssen.

Freimachen müssen wir uns von der Vorstellung, daß derjenige, der für die Araber oder für die Pa-

lästinenser spricht, automatisch ein Feind der Israelis ist. Das ist eine ganz falsche Alternative. Sie hemmt mehr, als daß sie hilft. Diejenigen, die immer wieder darauf beharren, daß alle diejenigen Feinde sind, die ein Wort der Kritik äußern, werden am eigenen Leibe spüren, wie unpolitisch das ist.

Es geht auch gar nicht darum, wer nun Freund oder Feind ist. Es geht um die tatsächlich lebensbedrohende Situation in der Region. Darüber sollten sich sogenannte Freunde oder Feinde zusammenfinden können. Man sollte von dieser engen und falschen Alternative loskommen können.

Je länger diese Region instabil bleibt, desto eher ist auch sowjetischer Einfluß möglich, und zwar auf alle mögliche Weise. Es ist nicht so, daß die Sowjets die Palästinenser aufhetzen, wie manche gern sagen, sondern es ist eher so, daß die Palästinenser von dort die einzige Hilfe bekommen. Das ist leider nicht nur dort so, in anderen Regionen der Welt ist es ähnlich: Diejenigen, die kein Recht bekommen, nehmen von der Seite Hilfe, wo sie sie bekommen können.

Weil nun die israelische Regierung alles tut, um jeder vernünftigen Verhandlung und jedem Kompromiß auszuweichen, wird die Sache nicht einfacher. Das sieht man an den **Autonomieverhandlungen,** die kein Stück vorangekommen sind. Weil die israelische Regierung das tut, muß Europa, das sehr nahe betroffen ist, sich überlegen, was es tun kann und wie es etwas tun kann.

Es ist sehr peinlich, daß der amerikanische Präsident schon jetzt praktisch sein Veto eingelegt hat. Dennoch muß Europa, weil es ihm einfach auf den Nägeln brennt, überlegen, was es selber tun kann, ohne die Amerikaner zu verprellen. Ich hoffe sehr, daß auch in Amerika die Einsicht nicht unmöglich sein wird, daß wir näher an diesem Krisenherd sind als die Amerikaner.

Nun wird immer davon gesprochen, daß **Israel gesicherte Grenzen** haben muß. Schön! Aber dann müßte man sich einmal darüber klar werden,welche Grenzen das sein sollen. Es existieren mindestens ein Dutzend Karten, die im Laufe der letzten 50 Jahre hergestellt worden sind, einige davon erst in der jüngsten Zeit, die „Großisrael" bezeichnen. „Großisrael" soll es in den Augen und nach dem Willen der Israelis sein. Auf einigen dieser Karten ist der Südlibanon, auf anderen sind auch die Golan-Höhen, natürlich die Westbank, natürlich Gaza einbezogen. Man kann nicht daraus klug werden. Solange das nicht klar ist, ist es doch wahrhaftig eine Zumutung, die Palästinenser zu bitten, Israel anzuerkennen. Welches denn? Welche Grenzen denn eigentlich? Diese Frage muß meiner Ansicht nach zuerst geklärt werden.

Mehrere Kollegen haben heute wieder davon gesprochen, die Palästinenser als solche, die **PLO,** könnten nicht anerkannt werden, weil sie eine Mörderbande seien. Heute steht in den Zeitungen, daß die Bürgermeister von Nablus und Ramallah schwerverletzte Opfer von Attentaten von israelischer Seite geworden sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir das immer aufrechnen wollen! Das ist ein latenter Kriegszustand. Dort finden schreckliche Dinge statt. Aber es sollte sich doch niemand aufs hohe Roß setzen und sagen, das seien nur die Palästinenser.

Es wurde hier gefordert, noch mehr Zeit für Camp David zu geben. Ich möchte wissen, was in der vergangenen Zeit in den Verhandlungen über die Autonomie zustande gekommen ist. Ich glaube, das kann mir niemand hier erklären. Es hat keinen Sinn, noch mehr Zeit verstreichen zu lassen und auf den Wunsch der Kollegen einzugehen, die meinen, das Klima müsse besser sein. Das Klima ist schauderhaft. Das sehen wir an den Mordanschlägen auf die Bürgermeister. Wie aber soll das Klima besser werden, wenn niemand etwas unternimmt? Das ist ganz ausgeschlossen.

Ich muß noch etwas sagen, was ich eigentlich sehr ungern sage: Es ist hier ein Gerücht aufgekommen — ich bin aber ziemlich sicher, es ist nicht nur ein Gerücht, sondern Tatsache —, daß die israelischen Botschaften in einigen unserer Mitgliedsländer versucht haben, unsere Kollegen telefonisch dazu zu bringen, gegen den Bericht von Sir Frederic zu stimmen. Wenn das wirklich so sein sollte, ist das ein massiver, ein ungeheuerlicher Eingriff in das Recht von Abgeordneten. In jedem Fall aber bitte ich den Präsidenten, nachzuprüfen, ob das nur ein Gerücht ist oder ob es wirklich so gewesen ist. Denn das wäre eine Sache, die wir nicht stillschweigend hinnehmen können.

Der Bericht von Sir Frederic, ist, wie gesagt, sehr umfassend und sehr differenziert. Die Entschließung entspricht dieser Differenzierung. Wir haben, wie der Berichterstatter schon selber sagte, in gründlicher Arbeit versucht, sie so ausgewogen wie möglich zu fassen. Auch ich bitte das Haus, die Diskussion möglichst nicht durch Amendements noch einmal in Gang zu bringen und dadurch die Verabschiedung dieses ausgezeichneten Berichts zu gefährden.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, es ist in diesem Hause nicht unüblich, nach einer Abstimmung eine Erklärung zu seiner Abstimmung abzugeben. Ich möchte nur im Namen meines Kollegen Wittmann und in meinem eigenen Namen sagen, daß wir beide der Resolution deswegen nicht zugestimmt haben, weil wir fürchten, daß das Existenzrecht des israelischen Staates in ihr nicht ausreichend berücksichtigt worden ist.

Ich darf hinzufügen, daß ich es sehr bedauere, daß die Frau Vorsitzende des Politischen Ausschusses eine Rede gehalten hat, die zwar ihre subjektive Meinung, nicht aber die Meinung des Ausschusses und schon gar nicht die Meinung der Mehrheit der deutschen Delegation wiedergegeben hat.

Empfehlung 349

betr. die Folgen der Entwicklung der Lage im Nahen und Mittleren Osten für die Sicherheit Westeuropas

Die Versammlung

vertritt die Ansicht, daß die sowjetische Intervention in Afghanistan eine Bedrohung der grundlegen-

den Prinzipien des Völkerrechts darstellt und das Gleichgewicht und den Frieden in einem Gebiet, das für die Sicherheit der westlichen Welt von lebenswichtiger Bedeutung ist, ernsthaft gefährdet;

ist der Auffassung, daß diese Intervention dringende Maßnahmen unbedingt erforderlich macht, um die Erhaltung des Friedens im Mittleren Osten zu garantieren;

vertritt ferner die Ansicht, daß die demokratischen Länder alle ihnen zur Verfügung stehenden friedlichen Mittel nutzen müssen, um zu demonstrieren, daß sie dieses Fait accompli nicht akzeptieren;

vertritt außerdem die Ansicht, daß die Gefangenhaltung amerikanischer Diplomaten als Geiseln in Teheran eine unerträgliche Verletzung des Völkerrechts und eine Bedrohung des Friedens in Asien darstellt und die Verbesserung der Beziehungen zum Iran verhindert;

ist der Meinung, daß die sowjetische Intervention in Afghanistan eine unverzügliche Verstärkung der Verteidigungsmittel der Mitglieder des Atlantischen Bündnisses unbedingt erforderlich macht, und vertritt die Ansicht, daß die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens in Palästina für die Stabilität der Region in diesem Zusammenhang unerläßlich ist;

erinnert daran, daß die Neun in ihrer Erklärung vom 29. Juni 1977 darauf hingewiesen haben, daß ein gerechter und dauerhafter Friede im Nahen Osten nur im Rahmen einer globalen Regelung hergestellt werden könne. Eine solche Regelung muß sich auf die entsprechenden Entschließungen des Sicherheitsrates stützen und das Recht des palästinensischen Volkes auf ein Heimatland durch Selbstbestimmung begründen, ohne die Existenz Israels als unabhängiger Staat innerhalb international anerkannter und sicherer Grenzen zu beeinträchtigen;

verweist darauf, daß die Neun die Siedlungspolitik der israelischen Regierung in den besetzten Gebieten mißbilligt haben, da sie vom völkerrechtlichen Standpunkt aus illegal ist und gegen die Beschlüsse des Sicherheitsrates in seiner jüngsten Entschließung verstößt;

stellt fest, daß die Palästinensische Befreiungsorganisation das einzige Gremium ist, das von den arabischen Staaten schon 1974 als Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannt wurde;

stellt fest, daß eine wachsende Anzahl westlicher Länder, einschließlich mehrerer WEU-Mitgliedstaaten, eingeräumt haben, daß es schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist, eine Lösung des palästinensischen Problems ohne die Beteiligung der PLO zu erreichen;

vertritt die Ansicht, daß Europa, wenn es ihm gelingt, mit einer einzigen Stimme zu sprechen, in der Lage sein könnte, einen wirksamen Beitrag zur Erhaltung eines gerechten Friedens im Nahen und Mittleren Osten zu leisten;

verweist auf und bekräftigt alle bisher nicht ausgeführten, aber noch immer gültigen Empfehlungen, die in der von der Versammlung der WEU im Dezember 1979 gebilligten Empfehlung 341 enthalten sind;

vermerkt mit Genugtuung die von den Neun am 28. April 1980 gebilligte Erklärung über die internationale Lage, die sich mit den Fragen befaßt, die in diesem Dokument behandelt werden,

empfiehlt dem Rat,

1. unter seinen Mitgliedern Beratungen über alle Fragen zu intensivieren, die das Gleichgewicht und die Sicherheit in den Gebieten betreffen, die nicht durch den Brüsseler Vertrag und den Nordatlantikvertrag erfaßt werden, um eine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen, wann und wo immer möglich, zu erzielen;
2. die Verteidigungsmittel, die Europa zur Verfügung stehen, rasch auszubauen und die Kapazität Pakistans oder anderer bedrohter Länder der Region zur Verteidigung ihrer territorialen Integrität auf der geeignetsten Basis zu stärken;
3. alle den Mitgliedsländern zur Verfügung stehenden Mittel ohne Anwendung militärischer Maßnahmen zu nutzen, um gemeinsam zu demonstrieren, daß sie es nicht akzeptieren, durch die sowjetische Invasion in Afghanistan vor ein Fait accompli gestellt zu werden;
4. ihre Solidarität dadurch zu demonstrieren, daß sie den Iran auffordern, die als Geiseln gefangengehaltenen amerikanischen Diplomaten freizulassen;
5. der Türkei die erforderlichen Wirtschaftshilfen zu leisten, damit sie die Schwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert wird, bewältigen kann, und dieses Land so eng wie möglich an die Wirtschaft Westeuropas anzugliedern;
6. nach dem 26. Mai 1980 erforderliche neue Schritte einzuleiten, um zur Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens in Palästina beizutragen;
7. den Sicherheitsrat dringend aufzufordern, entweder die Entschließung 242 zu überprüfen und zu ergänzen, um die ursprüngliche grundlegende Zielsetzung und Reichweite dieser Entschließung unstreitig klarzustellen oder aber eine neue Entschließung über die gesamte Frage auszuarbeiten und zu verkünden, die darauf abzielt, einerseits die Sicherheit zu gewährleisten, die für die Integrität des Staates Israel innerhalb sicherer und international anerkannter Grenzen erforderlich ist, und andererseits das unantastbare Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung im Westjordanland und im Gazastreifen zu garantieren, damit sie dort ihr eigenes Heimatland errichten können;
8. in der Folge die Vorbereitungen einer Konferenz vorzuschlagen, an der Israel, alle arabischen Nachbarländer, eine wirklich repräsentative Delegation des palästinensischen Volkes, die Vereinigten Staaten und westeuropäische Länder teilnehmen, die in der Lage sind, zu ihrem Erfolg beizutragen;

9. sich zu diesem Zweck darum zu bemühen, sich vor Beginn dieser Konferenz von den arabischen Teilnehmern an dieser Regelung die Anerkennung des Existenzrechts Israels und von Israel die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in eindeutigen Erklärungen zusichern zu lassen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des britischen Staatsministers für Auswärtiges und Commonwealth-Angelegenheiten, Douglas Hurd

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des belgischen Außenministers, Charles-Ferdinand Nothomb

Tagesordnungspunkt:

Die internationale Lage und die Sicherheit in Europa

(Drucksache 845)

Berichterstatter: Abg. Dr. Vohrer

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident, ich wäre sehr froh, wenn wir diesen Bericht, den die Vorsitzende des Ausschusses hier schon erläutert hat und der im Ausschuß nicht kontrovers war, vielleicht heute doch noch in einer Debatte verabschieden könnten.

Der Bericht, der den Titel „Internationale Situation und Sicherheit in Europa" trägt, war ursprünglich gedacht mit dem Schwerpunkt auf dem Thema „Sicherheit, Entspannung und Abrüstung in Europa". Aber die Invasion der sowjetischen Truppen in **Afghanistan,** die Ereignisse nach dem 28. Dezember, waren nicht dazu geeignet, den Schwerpunkt bei Entspannung und Abrüstung zu lassen. Es hat sich hier in den Sicherheitsverhältnissen in Europa einiges verschoben. Dies ist der Grund, weshalb wir im Ausschuß den Titel geändert haben.

In dem Bericht wird eine ganz klare Sprache gesprochen. Wir haben in aller Eindeutigkeit die Verletzung des Völkerrechts durch die Sowjetunion dargelegt, nicht nur die Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, sondern vor allen Dingen auch der Schlußakte von Helsinki. Vor allem war der Einmarsch ein Akt gegen den Geist von Helsinki. Deshalb steht in dem Bericht u. a. auch die Frage, welchen Platz die Entspannung heute in unserer Politik überhaupt noch hat.

Wir sehen die **Entspannung** in Europa in verschiedener Hinsicht gefährdet, nicht nur in geographischer Hinsicht. Wenn nämlich sowjetische Truppen in Afghanistan stehen und damit sehr nahe an eine der Schlagadern des wirtschaftlichen Geschehens, nämlich an die Meerenge von Hormus, heranrücken. Gleichzeitig sehen wir auch die Verschiebung des militärischen Gleichgewichts. Wir müssen nämlich feststellen, daß die schnelle Dislozierung der Mittelstreckenraketen SS 20 zumindest im nukleartechnischen Bereich die Kräfte verschiebt. Im Bau des Backfire-Bombers sehen wir einen weiteren Schritt zur Veränderung des militärischen Gleichgewichts. Dies ist der Hintergrund, weshalb in dem Bericht sehr große Sorgen anklingen und weshalb hier auch die Konsequenzen vertreten werden, weshalb die europäischen Nationen, insbesondere die Nationen, die hier in der Westeuropäischen Versammlung vereinigt sind, aufgefordert werden, zukünftig im Bereich der Sicherheit, im Bereich der Verteidigung größere Anstrengungen zu unternehmen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir das Ziel einer realen **Steigerung der Verteidigungsausgaben** um real 3 % anstreben sollten. Ich weiß, daß dies in der Mehrzahl der Länder große Schwierigkeiten verursacht. Wir kennen die Sorgen aus dem eigenen Parlament. Auch wir haben die wirtschaftliche Rezession mit öffentlicher Verschuldung erleben müssen, mit einer Staatsverschuldung, die uns sehr drückt. Auch wir versuchen, der Rezession mit Steuererleichterungen entgegenzusteuern.

In allerneuester Zeit haben wir in der Bundesrepublik noch zusätzliche Ausgaben aufgebürdet bekommen durch den doch recht teuren Kompromiß, der auf europäischer Ebene erreicht wurde.

Als einen Beitrag zum Frieden im weiteren Sinne möchte ich auch die Entwicklungspolitik nennen, bei der wir in Deutschland uns sehr energisch das Ziel gesetzt haben, 0,7 % zu erreichen, und auch große Anstrengungen unternehmen.

Bei der Betrachtung dieser Ausgabenposten oder Mindereinnahmen wird deutlich, daß es in jedem Lande, insbesondere auch in meinem Lande, erhebliche Schwierigkeiten macht, die Ausgaben für die Verteidigung um real 3 % zu steigern. Dennoch ist das notwendig vor dem Hintergrund der neuen Situation, die ich in dem Bericht geschildert habe, die aber auch Gegenstand der Ausführungen des britischen Staatsministers heute morgen waren, der ja die Situation in sehr eindringlicher Weise geschildert hat. Mir liegt sehr daran, dazu schon eingangs der diesjährigen Sommersitzungswoche einige Bemerkungen zu machen.

Mein Kollege Dejardin hat anklingen lassen, daß der Bericht auf ihn den Eindruck macht, als ob der Aggression und dem Muskelspiel das Wort geredet würde. Davon soll hier keine Rede sein. Das Ziel muß sein, ein neues Wettrüsten zu vermeiden und ein **Gleichgewicht der Kräfte auf möglichst niedrigem Niveau** zu erreichen. Das steht in aller Klarheit nicht nur in der Resolution, das findet sich auch im Bericht wieder. Allen internationalen Verhandlungen auf den verschiedenen Ebenen — SALT, MBFR, aber auch europäische Initiativen sollten darauf zielen, daß ein Gleichgewicht der Kräfte auf möglichst niedrigem Niveau zustande kommt. Auch alle Kontakte, alle Kommunikationsmöglichkeiten, die sich uns im Gespräch zwischen Ost und West bieten, sollten wir nutzen, um auf dieses Ziel hinzuwirken und bei den verschiedenen internationalen Verhandlungen Angebote zu machen, die geeignet

sind, uns zu einem Gleichgewicht auf niedrigem Niveau zu bringen.

Daß in dem Vorfeld einiges an Koordinierung zwischen den USA und Europa nicht glücklich lief, wird in dem Bericht geschildert. Natürlich gibt es auch zwischen den europäischen Staaten einige Koordinierungsschwierigkeiten, die nicht verniedlicht werden sollten. Wenn wir allein an den **Olympia-Boykott** denken, der ja auch nur im Zusammenhang mit Afghanistan gesehen werden kann, sind gerade wir Deutschen nicht übermäßig glücklich. Unsere Fachverbände der Athleten haben sich für den Boykott entschieden und sehen jetzt, daß die europäische Loyalität nicht annähernd so groß ist, wie wir dachten, als wir die Entscheidung fällten. Ich würde mich sehr freuen, wenn Probleme der Koordinierung nicht nur zwischen den USA und Europa deutlicher gesehen würden, sondern wenn auch innerhalb Europas größere Geschlossenheit, wenn möglich, größte Geschlossenheit gezeigt würde, wenn es daran geht, Konsequenzen aus der Invasion sowjetischer Truppen in Afghanistan zu ziehen.

Ein sehr begrüßenswerter Schritt bestand darin, daß die EG-Außenminister in Rom eine Garantie für ein neutrales und blockfreies Afghanistan erklärten, eine Garantie, die es ermöglichen könnte und sollte, daß die sowjetischen Truppen sich aus Afghanistan zurückziehen. Die ersten Reaktionen seitens der Sowjets zeigen, daß dieser Status der Blockfreiheit für Afghanistan und die europäische Garantie ernster genommen werden, als einige Kritiker der Entscheidung von Rom ursprünglich wahr haben wollten. Ich könnte mir vorstellen, daß dieser europäische Schritt, daß dieser Vorschlag in den Gesprächen, die jetzt stattfinden und die auch von unserem Bundeskanzler Ende des Monats in Moskau fortgeführt werden, eine Rolle spielt und vielleicht den Kernpunkt einer Entspannung in dieser Region bilden kann.

In dem Bericht wird noch der große Bereich der **Menschenrechtskonvention,** der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, angeschnitten. Ich meine, mit diesen vielfältigen Ansätzen sollte der Versuch gelingen, in Europa, aber auch gegenüber den anderen Machtblöcken in der Welt deutlich zu machen, daß es uns darauf ankommt, mit den gegebenen Schwierigkeiten fertig zu werden und nicht die falsche Reaktion in Richtung auf ein Wettrüsten, in Richtung auf einen Kalten Krieg zu zeigen. Wir haben eine ganz klare Zielsetzung. Wir wollen unsere Bestrebungen zur Entspannung und zur Abrüstung fortsetzen. Wir verniedlichen aber nicht die Probleme, die uns mit den Fakten geliefert wurden, sondern versuchen, vor dem Hintergrund der Realität angemessen zu reagieren. Aber die Zielrichtung ist und muß auch künftig sein, der Frieden in Europa und in der Welt.

Dr. Vohrer (FDP): Herr Präsident, ich bin gern bereit, die Debatte zusammenzufassen. Ich habe mich sehr über die Beiträge der Kollegen Atkinson und Ellis gefreut, die ja auch weitgehend Übereinstimmung mit dem Bericht zum Ausdruck gebracht haben.

Der britische Kollege Brown sieht den **Olympia-Boykott** etwas anders als ich und etwas anders, als er hier im Bericht dargestellt worden ist. Ich möchte klarstellen, daß der Olympia-Boykott aus der Sicht meines Landes essentiell mit dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan zusammenhängt und daß wir auch unsere Bereitschaft erklärt haben, dem Olympischen Komitee zu empfehlen, an den Spielen teilzunehmen, wenn sich die sowjetischen Truppen bis zum Anmeldetermin zurückzögen. Damit wird der für mein Land bestehende Zusammenhang zwischen dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan und der Nichtteilnahme an den Olympischen Spielen eindeutig erkennbar. Wir sehen wegen der Besetzung Afghanistans nicht mehr die Gewähr dafür als gegeben an, daß es sich bei den Olympischen Spielen in Moskau um Spiele des Friedens handelt.

Wir hätten es sehr begrüßt, wenn entsprechend dem in Rom gemachten Vorschlag die sowjetischen Truppen rechtzeitig auf Grund eines internationalen Agreements aus Afghanistan zurückgezogen worden wären, durch das für Afghanistan der Status eines neutralen und blockfreien Landes gewährleistet worden wäre. Wenn dieser Rückzug möglich gewesen wäre, hätten wir sicherlich unserem Nationalen Olympischen Komitee die Teilnahme an den Spielen empfohlen. Also ein ganz klarer Zusammenhang zwischen dem Olympia-Boykott und der Besetzung Afghanistans.

Wenn man die Erfüllung des Korbes III der KSZE in letzter Konsequenz als Voraussetzung für die Teilnahme an den Olympischen Spielen gefordert hätte, dann hätte man schon wesentlich früher signalisieren können, daß man an der Teilnahme an den Olympischen Spielen nicht interessiert ist. Das gilt jedoch für keines der Länder. Im übrigen finde ich es interessant, daß man gerade aus Großbritannien einen weitergehenden Vorschlag hört, auch von den Politikern vertreten, leider in der Realität von den Sportlern nicht befolgt.

Daß der Kollege Depietri das eine oder andere aus seiner Sicht anders sieht, verwundert mich nicht. Das trägt zur Pluralität der Meinungen in Europa bei. Ich halte es für richtig, daß wir uns hier mit den kommunistischen Kollegen über die Sicherheitsfragen sachlich auseinandersetzen.

Dennoch war der Ausschuß einstimmig mit dem Berichterstatter der Meinung, daß die Linie, die im Bericht und in der Entschließung vertreten ist, die Meinung der Versammlung ist. Ich würde mich freuen, wenn dies auch in der Abstimmung zum Ausdruck käme.

Empfehlung 351

betr. die internationale Lage und die europäische Sicherheit

Die Versammlung

ist der Auffassung, daß die sowjetische militärische Intervention in Afghanistan eine klare Verletzung des Völkerrechts darstellt, wie unter anderem in der Charta der Vereinten Nationen und der in Helsinki unterzeichneten Schlußakte festgelegt ist;

ist der Auffassung, daß die sowjetische Expansion im Mittleren Osten eine Bedrohung für die Stabilität in diesem Gebiet darstellt, das für den Westen von lebenswichtigem Interesse ist;

ist der Auffassung, daß die Dislozierung neuer Waffen in Osteuropa leicht zu einer Störung des Gleichgewichts, von dem der Frieden abhängt, führen kann;

ist der Auffassung, daß die Konsultationen zwischen den Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses nicht schnell oder ausführlich genug erfolgten, um angesichts dieser Bedrohungen die Ausarbeitung einer gemeinsamen Politik zu ermöglichen;

bedauert insbesondere, daß diese Länder nicht in der Lage waren, die durch die sowjetische Intervention in Afghanistan erforderlich gewordenen Maßnahmen gemeinsam festzulegen;

erkennt dennoch die Notwendigkeit der von den Mitgliedern der NATO getroffenen Entscheidung an, den Anteil ihrer Ausgaben für die gemeinsame Verteidigung stufenweise zu erhöhen;

unterstützt den Vorschlag der Neun, den Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan anzustreben und diesem Land im Einverständnis zwischen den Parteien einen Status der Neutralität und der Blockfreiheit zu verleihen;

ist der Auffassung, daß das Bemühen um eine Ausgewogenheit der Streitkräfte und Rüstung in Europa auf dem niedrigstmöglichen Niveau weiterhin im Interesse des Westens liegt, auch wenn dies nicht kurzfristig zu verwirklichen ist;

ist der Auffassung, daß die Förderung der Kontakte und des Austausches zwischen Ost- und Westeuropa in jeder Form weiterhin im Interesse aller liegt;

ist der Auffassung, daß der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten in allen Ländern immer noch eines der Hauptziele des Westens ist,

empfiehlt dem Rat,

1. dafür Sorge zu tragen, daß die europäischen Mitglieder des Atlantischen Bündnisses die Politiken, die sie außerhalb der vom Nordatlantikpakt erfaßten Region verfolgen, regelmäßig und wirkungsvoll abstimmen;
2. dafür Sorge zu tragen, daß sich die Mitglieder des Atlantischen Bündnisses auf Maßnahmen einigen, um die Sowjetunion von ihrer einmütigen Verurteilung der Invasion in Afghanistan zu überzeugen;
3. dafür Sorge zu tragen, daß seine Mitglieder ihre Bemühungen fortsetzen, um die Verteidigungsfähigkeit des Atlantischen Bündnisses angesichts der neuen sowjetischen Waffen aufrechtzuerhalten;
4. dafür Sorge zu tragen, daß die Verhandlungen mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten fortgesetzt werden, um zu einer Begrenzung und Reduzierung von Streitkräften und Rüstung zu gelangen, damit sowohl bei den Streitkräften als auch bei den konventionellen Waffen und nuklearen Kontinentalraketen ein echtes Gleichgewicht auf dem niedrigstmöglichen Niveau hergestellt wird;
5. dafür Sorge zu tragen, daß die Verwirklichung der in Helsinki unterzeichneten Schlußakte bei der Madrider Konferenz Gegenstand einer strengen und erschöpfenden Überprüfung ist.

Mittwoch, 4. Juni 1980

Tagesordnungspunkt:

Zusammenarbeit der WEU-Mitgliedsländer bei Video-Kommunikationssystemen

(Drucksache 839)

Berichterstatter: Abg. Valleix

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Bericht, den der Kollege Valleix vorgelegt hat, wird sich die Versammlung der WEU noch ein zweites Mal beschäftigen, nämlich heute nachmittag, wenn es um die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung im militärischen Bereich geht. Diese Technik ist — das möchte ich betonen — nicht nur für Wissenschaftler und Ingenieure von Interesse, sondern sie stellt ein Politikum ersten Ranges dar. Diese Informationstechnik — und der Bericht des Kollegen Valleix gibt nur einen kleinen Sektor ihrer ungeheuren Bandbreite wieder — wird eine der neuen interdisziplinären Techniken, vielleicht in den nächsten Jahren *die* neue interdisziplinäre Technik sein, die unser Leben, und zwar nicht nur das Leben in Wirtschaft und Wissenschaft, sondern auch im privaten Haushalt, dramatisch beeinflussen wird.

Ich möchte die Gelegenheit der Beratung dieses Berichts dazu benutzen, einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Die **Datenverarbeitung,** die **Nachrichtentechnik** und die **Elektronik** werden die Produktions- und Dienstleistungsbereiche der modernen Industriestaaten entscheidend verändern. Die Automation in der Güterproduktion dringt bei sinkenden Kosten der Elektronik in alle Fertigungsstufen vor und wird die Flexibilität in der industriellen Produktion erhöhen. Bei abnehmenden Anforderungen an die Fertigung steigen diejenigen an die Entwicklung und Vorbereitung der Fertigungsabläufe. Zum Beispiel werden Schreibmaschinen durch Speicher- und Verarbeitungseinrichtungen zu Textautomaten. Sie können jetzt auf zentrale Datenbanken zurückgreifen und Texte untereinander vermitteln. Telefonapparate, die ja mittlerweile schon fast in jedem Haushalt zu finden sind, können um Funktionen wie Kurzwahl und Rufwiederholung erweitert oder als einfache Dateneingabegeräte benutzt werden.

Diese Entwicklung, aber auch der Preisverfall bei den Mikrocomputern integriert die Datenverarbeitung auf längere Sicht in den einzelnen Arbeitsplatz.

Vielleicht noch ein Wort zu einem weiteren Gebiet, nämlich der optischen Nachrichtentechnik, die in Verbindung mit der Halbleitertechnologie langfristig den Aufbau neuer Fernmeldenetze ermöglicht, die in flexibler Weise zur Übermittlung von Text, Daten, Sprache und sogar Bild — auch dies ist bereits in der Erprobung — genutzt werden können. Bildschirmtext und Kabelfernsehen sind Vorläufer hierfür. Wenn man allein die Debatte um die neuen Medien in den einzelnen Ländern betrachtet, weiß man, glaube ich, was dies für uns in Zukunft auch an Mißbrauchspotential bedeutet.

Wir sind — über die Technik hinaus — längst bei politischen Entscheidungen angelangt. Dieser technische Wandel auf dem Gebiet der Übermittlung und Verarbeitung von Informationen führt zu Gesamtsystemen, die vielfältige Anwendungen ermöglichen. Eine gesonderte Behandlung der einzelnen Technologien, etwa der Datenverarbeitung oder der Kommunikationstechnik, der Mikroelektronik und ihrer vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten ist heute bereits nicht mehr möglich. Deswegen hat sich, vom französischen Fachausdruck „télématique" ausgehend, auch ein neues Schlagwort herausgebildet: Informationstechnik.

Diese neuen Informations- und Kommunikationstechniken beeinflussen qualitativ und quantitativ Arbeitsplätze und -abläufe in der Industrie und im Dienstleistungsbereich. Einerseits werden Arbeitsplätze in der industriellen Produktion und im Dienstleistungsbereich, besonders aber im Büro- und Verwaltungsbetrieb wegfallen oder qualitativ verändert werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, welche Konsequenzen dies für die persönliche Zukunft des einzelnen Arbeitnehmers haben wird, welche Anforderungen auf Grund dieser Entwicklung an seine Qualifikation sowie seine berufliche Mobilität gestellt werden. Der einzelne Arbeitnehmer wird in Zukunft nicht mehr darauf vertrauen können, daß er 10, 15, 20 Jahre oder vielleicht sogar sein ganzes Arbeitsleben lang an einem Platz tätig ist. Vielmehr muß er sich permanent fortbilden, um die Barrieren überwinden zu können, die der Umgang mit diesen neuen Techniken schafft. Andererseits erfordern diese Technologien aber auch neue Investitionen im Produktions- und Anwendungsbereich und schaffen neue Funktionen und Dienstleistungen, so daß Arbeitsplätze und auch völlig neue Berufsfelder geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang — ich sprach eben schon einmal ganz kurz von dem Manipulationspotential, das diese Technik bietet — dürfen die Probleme des Datenschutzes nicht unerwähnt bleiben. Denn die neuen Techniken ermöglichen natürlich auch einen viel umfassenderen und viel schnelleren Zugriff — auf Grund der hohen Verknüpfung in kürzester Zeit — auf die persönlichen Daten des einzelnen Bürgers.

Nun auch noch ein Wort zur „télématique", zur technischen Kommunikation. Sie hilft, informationsintensive Aufgaben in der privaten Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung abzuwickeln. Der Anteil der vorwiegend mit informations- und kommunikationsintensiven Tätigkeiten Beschäftigten wächst in den modernen Industriestaaten besonders stark an. Es ist für die moderne industrielle Gesellschaft vielleicht sogar charakteristisch, daß die klassischen Wachstumsindustrien immer stärker in den Hintergrund treten — ich denke an die Schwerindustrie — und daß der dritte Sektor, der Dienstleistungsbereich, der in Zukunft ohne die moderne Informationstechnik nicht auskommen wird, anwächst. Die Zahl der in der Güterproduktion unmittelbar Tätigen wird also zurückgehen. Infolgedessen — dies ist ein wichtiger Punkt — hängt die Wettbewerbsfähigkeit zunehmend davon ab, in welchem Umfang neue Formen der technischen Kommunikation im öffentlichen und privaten Sektor rationell genutzt werden.

In der technischen Kommunikation löst z. B. die Elektrotechnik die Feinmechanik ab. Bei den bürotechnischen Geräten, bei nachrichtentechnischen Vermittlungseinrichtungen und Teilen der Druckereitechnik haben wir alle die Probleme schon gesehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Bericht wird nun ein wunder Punkt angesprochen: die mangelnde, manchmal sogar völlig fehlende Standardisierung der verschiedenen Systeme. Wenn hier in Europa zwei verschiedene Bildschirmtextsysteme, das PRESTEL-System und das ANTIOPE-System, verwendet werden, die untereinander nicht verträglich, nicht kompatibel sind, muß man sich die Frage stellen, ob das nötig war, ob bei diesen Alleingängen nicht vielleicht wieder eine typisch europäische Krankheit, das Kleinstaatereidenken, zum Vorschein gekommen ist.

Ich meine, wir können, wie der Berichterstatter, der Vorsitzende unserer Kommission, Herr Kollege Valleix, schon sehr richtig ausgeführt hat, auch der italienische Kollege Forma, dieser Herausforderung, dem Wettbewerb mit den USA, einem riesigen Binnenmarkt — das wollen wir nicht vergessen —, der auf den Export intelligenter Produkte nicht in der gleichen Weise angewiesen ist wie wir, und vor allen Dingen auch der ungeheuren Dynamik der japanischen Industrie in diesem Bereich nur dann standhalten, wenn wir alle unsere Kräfte zusammenfassen.

Als warnendes Beispiel, wo Europa Terrain verloren hat und bittere Erfahrungen machen mußte, bis der Anschluß halbwegs wieder gesichert war, möchte ich die optische Industrie anführen, insbesondere das Schicksal der einäugigen Spiegelreflexkamera, deren Markt heute fast völlig von den japanischen Produkten beherrscht wird. Ich möchte an die Taschenrechner erinnern und letztlich an die ganze Unterhaltungselektronik.

Wir stehen hier wirklich vor einer entscheidenden Weichenstellung, wenn wir heute in Europa neue Wachstumsindustrien mit Hilfe der Informationstechnik schaffen wollen, die überall eingreifen wird, ob uns das paßt oder nicht, nicht nur in die Wirtschaft, ins Büro, am Arbeitsplatz, sondern auch in den privaten Haushalt. Wenn wir unsere Chancen wahren wollen, müssen wir alle Möglichkeiten der Gemeinsamkeit, alle Möglichkeiten der Kooperation nutzen. — Herr Präsident, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Empfehlung 350

betr. die Zusammenarbeit der WEU-Länder bei Video-Kommunikationssystemen

Die Versammlung

hat von den jüngsten Fortschritten des Vereinigten Königreichs mit dem Prestel View-Data-System und Frankreichs mit dem Antiope Videotext-System sowie von den Entwicklungen anderer Länder in diesem Bereich Kenntnis genommen;

ist sich bewußt, daß das United States Federal Communications Committee (oberste Fernmeldebehörde der Vereinigten Staaten) mangels geeigneter amerikanischer Entwicklungen in diesem Bereich die obengenannten und ähnliche Systeme prüft und ihre Verwendbarkeit für den amerikanischen Markt in Erwägung zieht;

erinnert daran, daß laufende Entwicklungen von Regierungsbehörden und privaten Unternehmen gemeinsam gefördert werden;

ist überzeugt, daß diese neuen Kommunikationssysteme auch einen bedeutenden Einfluß auf die militärischen Kommunikationssysteme haben werden;

bemüht sich, die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern voranzutreiben, um so die Möglichkeit der Einführung auf dem amerikanischen Markt und dem Weltmarkt zu fördern;

empfiehlt dem Rat, die Regierungen der Mitgliedsländer aufzufordern:

1. ihre Bemühungen abzustimmen, um über die CEPT (Europäische Konferenz der Minister für Post und Fernmeldewesen) europäische Normen für Video-Kommunikationssysteme, die auf den Weltmärkten verwendbar sind, aufzustellen und in diesem Sinne bei den betreffenden Organen oder Unternehmen tätig zu werden;
2. alle betroffenen Behörden und Industrien aufzufordern, die gegenseitige Zusammenarbeit in diesem Bereich zu fördern.

Tagesordnungspunkt:

Der Schutz gegen atomare, biologische und chemische Waffen

(Drucksache 838)

Berichterstatter: Abg. Banks

Zu dem Empfehlungsentwurf bringen die Abg. Dr. Ahrens (SPD) und Büchner (Speyer) (SPD) vier Änderungsanträge ein:

1. In Absatz III der Präambel das Wort „Gebrauch" durch das Wort „Produktion" zu ersetzen.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Ich habe einen Vorschlag zu einer Neuformulierung des Abs. 3 der Präambel. Im Entwurfstext des Kollegen Banks wird von der „Benutzung" chemischer Waffen, vom „Einsatz" chemischer Waffen, gesprochen. Ich halte diesen Hinweis für falsch. Die Benutzung chemischer Waffen ist bereits seit 1925 durch das Genfer Protokoll verboten. Darum kann es hier also gar nicht gehen. Darum geht es auch nicht bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abschluß eines weiteren Abkommens.

Ich meine daher, daß wir hier weitergehen müßten und anstelle des Verbots des „Gebrauchs" der chemischen Waffen das Verbot der „Produktion" dieser Waffen fordern sollten. Sonst sagt dieser Text absolut nicht das, was gemeint ist. Ich bitte aus diesen Gründen, meinem Änderungsantrag zuzustimmen.

Ich darf noch darauf hinweisen, Herr Präsident, daß der französische Text und der englische Text sich nicht decken. Der französische Text ist anders formuliert. Das hat mir Veranlassung gegeben, Ihnen einen Änderungsantrag für einen neuen französischen Text vorzulegen, der in der Sache jetzt dasselbe sagt wie der englische Text.

Dem mündlichen Änderungsantrag des Berichterstatters, vor dem Wort „Gebrauch" die Wörter „Herstellung, Lagerung oder" beizufügen, stimmt die Versammlung zu. Abg. Ahrens zieht seinen Änderungsantrag zurück.

2. In Abs. IV der Präambel soll der Satz „Gleichheit der Vergeltungs- und Verteidigungsfähigkeit zwischen NATO und Warschauer Pakt" ersetzt werden durch „Aufrechterhaltung einer vollständigen Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit, wie sie in MC 14/3 verlangt wird".

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident, dieses Amendement betrifft Teil IV der Präambel. Der Text des Entwurfs scheint von einer falschen Auffassung der flexiblen Verteidigung — „flexible response" — auszugehen. Man bekommt hier den Eindruck, als gehe der Verfasser des Textes davon aus, daß jeweils mit der vom Angreifer eingesetzten Waffenkomponente abgeschreckt, daß also z. B. bei einem Angriff mit Panzern nur mit Panzern geantwortet werden solle. Eine solche „Komponentenabschreckung" ist aber nicht Inhalt der flexiblen Verteidigung, wie sie in dem Dokument MC 14/3 — das ist das grundlegende Dokument, in dem die Grundsätze über die flexible Verteidigung festgelegt worden sind — enthalten ist. Ich meine daher, man müßte den Text anders fassen, so daß er den Grundsätzen der „flexible response" entspricht.

Die „Komponentenabschreckung" macht das Risiko eines Angreifers leicht kalkulierbar. Wer mit Panzern angreift und damit rechnen kann, daß nur mit Panzern geantwortet wird, dessen Risiko ist geringer, als wenn er erwarten muß, daß auch andere Waffen aus dem jeweiligen Bereich eingesetzt werden. Daher meine ich, es wäre besser, den Text so zu fassen, wie er der gültigen Auffassung der „flexible response" entspricht. Ich bitte daher um Annahme.

Auf eine ablehnende Entgegnung des Berichterstattert antwortet Abg. Dr. Ahrens:

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident, wenn die Schwierigkeit nur darin besteht, wenn der einzige Grund für die Ablehnung der ist, daß dieses Dokument —

es handelt sich in der Tat um ein geheimes Dokument —, MC 14/3, erwähnt wird, könnte man das Amendement auch anders fassen und sagen: „wie sie durch die Grundsätze der flexiblen Verteidigung gefordert wird". Diese Grundsätze sind — ich darf es wiederholen — in dem Dokument MC 14/3 im einzelnen ausgearbeitet.

Der Berichterstatter lehnt diesen Vorschlag ebenfalls ab.

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

3. *Der Absatz II des operativen Teils der Empfehlung soll durch folgenden Wortlaut ersetzt werden:*

   „Innerhalb der NATO die Notwendigkeit für eine Abschreckungs- und Vergeltungsfähigkeit mit chemischen Waffen sowie die rechtlichen Beschränkungen im Hinblick auf ihre Anwendung zu prüfen."

Dr. Ahrens (SPD): Hier geht es um Absatz 2 der Empfehlung. Ich meine, dieser Absatz sollte aus denselben Gründen, die ich bereits vorgetragen habe, geändert werden. Wie hoch ist übrigens eigentlich die „geschätzte" C-Waffen-Kapazität des Warschauer Paktes? Auch hier wieder der deutliche Hinweis auf die Gleichheit der Verteidigungskomponenten, der nicht der gültigen Auffassung der „flexible reponse" entspricht. Ich bitte daher um Änderung. Soweit ich sehe, gibt es hier zwischen dem englischen und dem französischen Text keine Unterschiede.

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

4. *In Abs. III des operativen Teils des Empfehlungsentwurfs soll das Wort „Gebrauch" durch das Wort „Transfer" ersetzt werden.*

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident, hier geht es um Ziffer 3 der Empfehlung. Hier wird wiederum von „Gebrauch", von „Einsatz" chemischer Waffen gesprochen. Ich darf auf das verweisen, was ich zu meinem ersten Änderungsantrag gesagt habe. Ich meine, hier dürfte, wenn wir etwas Neues bringen wollen, nicht „use" untersagt werden, sondern das Wort „use" müßte durch das Wort „transfer" ersetzt werden.

Der Berichterstatter schlägt vor, das Wort „Transfer" hinter dem Wort „Lagerung" einzufügen. Dem stimmt die Versammlung zu. Abg. Dr. Ahrens zieht den Änderungsvorschlag zurück.

Die Schlußabstimmung über den Empfehlungsentwurf wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Tagesordnungspunkt:

Die Nordflanke und die Kommandobereiche Atlantik und Ärmelkanal

(Drucksache 837)

Berichterstatter: Abg. Dr. Ahrens

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Die Sicherheit der nordatlantischen Allianz wird in zunehmendem Maße durch überregionale maritime Entwicklungen beeinflußt. Wenn die Abschreckungsstrategie glaubwürdig sein soll, so erfordert dies, daß das Nordatlantische Bündnis sein gesamtes Verteidigungspotential entfalten kann. Zu diesem Verteidigungspotential gehört aber nicht nur ein funktionierender Verbund konventioneller Streitkräfte, nuklearer Gefechtsfeldwaffen und nuklearstrategischer Systeme. Zum Verteidigungspotential gehört genauso die sichere Rohstoffzufuhr und der sichere Transport von Verstärkungen und Reserven, die aus den USA, aus Kanada und aus Großbritannien für die Verteidigung Europas bereitgestellt werden. Die Zufuhr dieser Ressourcen setzt **sichere Seeverbindungen** voraus. Diese für die Verteidigung Westeuropas lebenswichtigen Verbindungslinien laufen über den nördlichen Atlantik und münden an den Küsten und Häfen Westeuropas. Die Flanken des europäischen Kontinents nehmen in diesem Zusammenhang eine besonders herausragende, aber auch besonders empfindliche Stellung ein.

Die Versammlung der Westeuropäischen Union hat sich mit dieser Problematik wiederholt beschäftigt. Der letzte Bericht, der in dieser Versammlung erstattet wurde, stammt vom 25. April 1972. Er wurde seinerzeit von unserem früheren italienischen Kollegen Vedovate erstattet.

Die Nordflanke umfaßt einen Raum, der von dem Territorium Nordeuropas mit den angrenzenden Seeräumen, der Norwegensee, der Nordsee, dem englischen Kanal und der Ostsee mit den Ostseezugängen gebildet wird. Es ist ein ausgesprochen maritimer Bereich, in dem die NATO strategische Schlüsselpositionen in der Hand hat. Dieser Bereich ist für eine Verteidigung Westeuropas unverzichtbar. Eine Inbesitznahme dieses Raumes durch Kräfte des Warschauer Paktes würde die atlantischen Verbindungen mit Europa unterbrechen, würde den Zusammenhang der Abwehr in Mittel- und Nordeuropa zerstören und würde damit die Vorneverteidigung in Europa von der See her aus den Angeln heben. Dieser Nordabschnitt der NATO kann nur verteidigt werden, wenn die NATO ihre atlantischen Verbindungslinien einschließlich des Luftraums unter Kontrolle behält. Nur dann können auch dem Mittelabschnitt überseeische Verstärkungen zugeführt werden.

Die Bedrohung dieser Nordflanke des Bündnisses hat sich grundlegend geändert, seitdem die Sowjetunion ihre Kriegsflotte zu einem weltweit wirksamen Instrument der Seemacht ausgebaut hat. Der Ausbau dieser Flotte ist eine der markantesten Veränderungen der Lage der Allianz. Der Ausbau ihrer Flotte setzt die Sowjetunion nicht nur in die Lage, politische, ideologische und wirtschaftliche Ziele weltweit auch militärisch zur Geltung zu bringen, die Sowjetunion kann dadurch auch Druck auf die atlantischen Verbindungswege nach Europa ausüben.

Die Sowjetunion hat der besonderen Bedeutung der Seeverbindungen für die Allianz und der strategischen Situation Nordeuropas bei ihrer Kräftedislozierung Rechnung getragen. Ihre im Raum der Kola-

Halbinsel stationierte Nordflotte bildet die stärkste Konzentration sowjetischer See- und See-Luft-Streitkräfte in der Welt. Diese Flotte ist für einen Kampf auf der Hohen See, für einen **Kampf um den Atlantik** strukturiert und gerüstet. Auch wesentliche Teile der zweiten sowjetischen Flotte, der Rotbanner-Flotte in der Ostsee, sind für die Hochsee-Kriegführung geeignet. Da die Schiffe austauschbar sind, können auch durch Verstärkungen aus den anderen Flottenbereichen der Sowjetunion rasch Schwerpunkte gebildet werden. Die Sowjetunion wäre dann in der Lage, den europäischen Schauplatz von der Flanke her zu umfassen und vom Atlantik abzuschnüren.

Es besteht daher ein vitales Interesse daran, die Schlüsselpositionen des Bündnisses an der Nordflanke zu sichern und Nord- und Ostsee mit ihren Zugängen als eine strategische Einheit zu betrachten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, eine wirksame Verteidigung setzt voraus, daß man die Stärken und die Schwächen des Gegners analysiert und daß man die eigenen Verteidigungsanstrengungen danach ausrichtet. In der Logik ihres Ausbaues und in ihrer Kampfkraft ist die sowjetische Rüstung zur See beeindruckend. Sie leidet aber nach wie vor unter der schwierigen seestrategischen Lage der Sowjetunion. Keine der vier sowjetischen Flotten hat einen nur der eigenen Kontrolle unterliegenden Zugang zum offenen Meer. Die **Schwarzmeer-Flotte** und die **Rotbanner-Flotte** in der Ostsee liegen in Randmeeren, die **Pazifik-Flotte,** im wesentlichen in Wladiwostok beheimatet, kennzeichnet den Streit mit Japan um die Rückgabe der südlichen Kurilen.

In dieser Situation muß es der Sowjetunion darauf ankommen, ihre Lage im europäischen Nordmeer zu stärken und den Zugang ihrer **Nordflotte** zum Atlantik offenzuhalten. Diesem Ziel dienen die Bemühungen der Sowjetunion, ihre Position auf Spitzbergen zu festigen, auch politischen Druck, etwa gegen Norwegen, auszuüben, insbesondere durch eine gegen die norwegische Bündnispolitik gezielte Pressepolitik. Demselben Ziel dienen auch sowjetische Seemanöver im europäischen Nordmeer, insbesondere in der Nachbarschaft Norwegens.

Die Bemühungen der Sowjetunion, ihrer Nordflotte einen ungehinderten Zugang zum freien Weltmeer zu schaffen, sind nicht allein und vielleicht nicht einmal in erster Linie gegen Westeuropa gerichtet. Sie dienen vielmehr den Interessen der Sowjetunion als Supermacht.

Mit der Operationsfreiheit ihrer Nordflotte will die Sowjetunion zugleich ihre gesamte politische Handlungsfreiheit verbessern. Im Falle einer Auseinandersetzung mit militärischen Mitteln aber soll der Ausbau der Nordflotte die Seeherrschaft der NATO im europäischen Nordmeer brechen, die Verbindungslinien zum nordamerikanischen Kontinent stören und unterbrechen, Norwegen von der Seeseite her bedrohen und den Zusammenhang der Verteidigung Westeuropas zerreißen. Auf diese Weise könnte eine starke und erfolgreich operierende sowjetische Nordflotte die operativen Ziele auf dem Hauptkriegsschauplatz, dem europäischen Festland, wirksam unterstützen.

Voraussetzung für eine wirksame Verteidigung gegen eine solche Bedrohung sind **abgestimmte Verteidigungspläne.** Solche Pläne bestehen bislang lediglich für den Bereich des Commander Baltic Approaches, d. h. nur für die Ostsee und ihre Zugänge. Im Nordseebereich besitzt keiner der drei obersten Befehlshaber der NATO die Planungsaufgabe für den gesamten Bereich. Dieser Bereich ist unter den drei Befehlshabern aufgeteilt — übrigens schon seit vielen Jahren, schon seit einer Zeit, als es etwa eine Marine der Bundesrepublik noch gar nicht gab. Diese Aufteilung der Befehlsbereiche führt auch heute noch teilweise zu unterschiedlichen Auffassungen und Planungen, die zwar örtlich koordiniert werden, dadurch jedoch nicht zu Planungen aus einem Guß werden. Es muß daher darauf ankommen — und das sollte eine unserer Forderungen sein —, für Krisen, für Spannungslagen und insbesondere für den Verteidigungsfall eine größere Ökonomie des Kräfteeinsatzes zu erreichen, die Fähigkeit zu einer schnelleren Reaktion und auch zu einer Bildung von Schwerpunkten zu steigern und die Koordinierungserfordernisse insgesamt zu vermindern. Dabei ist es nach meiner Auffassung nicht in erster Linie das Ziel, die Grenzen der einzelnen NATO-Befehlsbereiche zu ändern — das wird auch sehr schwierig sein —, sondern diese Grenzen bei der Operationsführung durchlässig zu machen auf der Grundlage eines joint planning.

Die seestrategische Gesamtlage erfordert es, diese gemeinsame Planung der Verteidigungsbemühungen auf einen möglichst frühzeitigen Termin vorzuverlagern. Das bedeutet strenggenommen, daß schon die **Seerüstung** aufeinander abgestimmt werden muß, daß Probleme der Koordinierung der Waffen und Schiffe, Probleme aber auch der **Logistik** in Friedenszeiten gelöst und daß **Seemanöver** der See- und Seeluftstreitkräfte der Bündnispartner mehr, intensiver und einheitlicher als bisher durchgeführt werden müssen.

Auch der Bericht, dem zuzustimmen ich Sie hiermit bitte, dient diesem Ziel, die Verteidigungskraft des Bündnisses insgesamt zu stärken, zu stärken an einer Stelle, die sich bei näherer Prüfung als besonders empfindlich herausstellt. — Schönen Dank.

Der französische Senator Boucheny u. a. stellen den Antrag, zur Tagesordnung überzugehen.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, ich möchte dem Vorschlag des Herrn Boucheny widersprechen. Was Herr Boucheny gesagt hat, war zwar exakt der Standpunkt der Sowjetunion, war und ist aber in keiner Weise der Standpunkt der demokratischen Kräfte in den Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich verpflichtet, keine atomaren Streitkräfte aufzustellen, und sie hat nie die Absicht gehabt, sich dieser Verpflichtung zu entziehen. Schon deswegen ist die Begründung, die Herr Boucheny hier vorgetragen hat, mit der Realität keinesfalls in Einklang zu bringen.

Deswegen bitte ich Sie, Herr Präsident, abstimmen zu lassen, damit die Versammlung die Möglichkeit hat, den Bericht von Herrn Ahrens zu akzeptieren.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident, der Vorsitzende des Ausschusses ist nicht anwesend. Ich schließe mich der Auffassung des Herrn Kollegen Reddemann an. Vielleicht darf ich nur noch ergänzen, daß das, was Herr Boucheny bemängelt, nämlich daß wir uns hier über Verteidigungsprobleme Norwegens und Dänemarks unterhalten, seit 20 Jahren der Übung dieser Versammlung entspricht.

Der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Lassen Sie mich zunächst zu dem kommen, was der Kollege Dejardin soeben an diesem Bericht bemängelt und was uns auch im Ausschuß in einer sehr eingehenden Aussprache beschäftigt hat. Der Ausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt, und er hat mit Mehrheit entschieden, es bei der Ihnen vorliegenden Fassung zu lassen.

Worum geht es? Die Ziffer V in der Präambel ist ganz sicher von mir nicht als „Versuchsballon" gedacht. Sie ist ganz sicher auch nicht ein Versuch, das Verteidigungsgebiet der NATO auszudehnen. Es ist ganz und gar nicht meine Auffassung, daß Truppen, etwa deutsche oder andere NATO-Verbände, am Persischen Golf eingesetzt werden sollten. Ich darf ausdrücklich erklären: Dies wäre auch keineswegs die Auffassung der Bundesregierung.

Ziffer V soll lediglich auf die Rechtslage hinweisen, die nach dem NATO-Vertrag gegeben ist. In Art. 5 des NATO-Vertrages wird der Begriff des bewaffneten Angriffs auf einen Mitgliedstaat definiert. Art. 6, auf den ich hier Bezug genommen habe, bestimmt „for the purpose of Article 5", also, bei der Definition des „bewaffneten Angriffs" gilt die Begrenzung auf den nördlichen Wendekreis.

Der Ausschuß hat in den USA Gespräche mit amerikanischen Seebefehlshabern geführt, und wir haben die Frage gestellt, ob es bei dieser Regelung des NATO-Vertrages möglich sei, die Entwicklung global im Auge zu behalten und sich auch auf Eventualitäten einzustellen, die sich südlich des Wendekreises ereignen können.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel klarmachen. Ohne allzu große Phantasie ist eine Situation denkbar, in der der Seeweg um das **Kap der Guten Hoffnung** für die NATO lebenswichtig wird. Ich glaube, daß es für diesen Fall auch Planungen der NATO geben muß, daß die Befehlshaber die Planungen, die sie für diesen Fall bereits ausarbeiten, auch für die NATO und nicht allein als amerikanische Oberbefehlshaber und im US-Interesse machen. Es geht also nicht darum, südlich des Wendekreises zu intervenieren, sondern lediglich darum, diese gemeinsamen Planungen als NATO durchzuführen.

Nun zu den anderen Bemerkungen, die hier gemacht worden sind und für die ich mich wie für die Bemerkung von Herrn Dejardin ebenfalls sehr herzlich bedanken möchte.

Ich teile die Auffassung von Mr. Hardy, daß es, nötig ist, daß im Bündnis nicht nur die Stäbe und die hohen Generale und Admirale zusammenarbeiten, sondern daß es auch eine Zusammenarbeit zwischen den Offizieren, nein, zwischen den Soldaten aller Grade gibt, daß man sich kennt und daß man weiß, wie man miteinander umzugehen hat, daß man die Stärken und die Schwächen des Partners kennt und sich auf ihn einstellen und die Zusammenarbeit erproben kann.

Ich bin ebenfalls Mr. Hardys Auffassung, daß wir der Bedrohung durch **Minen** größte Aufmerksamkeit widmen müssen. Ich darf darauf hinweisen, daß auf Ihre Anregung hin, Herr Kollege Hardy, die besondere Forderung in Ziffer 1 (b) aufgenommen wurde. Aber übersehen sollte man in diesem Zusammenhang auch nicht Ziffer 1 (d), die Forderung nach einer Überwachung der **Handelsschiffe des Ostblocks** in unseren Häfen. Vor allem deshalb, weil damit zu rechnen ist, daß Minen nicht nur von dazu gebauten Kriegsschiffen, sondern auch von Handelsschiffen gelegt werden, muß man wissen, welche Schiffe in den eigenen Gewässern sind.

Ihre Begründung für den Bau größerer Schiffe — um damit entsprechende Positionen für ältere und ranghöhere Offiziere zu bekommen — fand ich außerordentlich interessant. So hatte ich das bis jetzt noch nicht gesehen! In der Tat aber ist es das Schicksal des Marineoffiziers, daß er um so eher an einem Schreibtisch landet und keine Schiffe mehr sieht, je erfolgreicher er in seiner Laufbahn ist.

Bei der Beurteilung der Schiffe, die wir in den USA gesehen haben, muß man wohl berücksichtigen — das wissen Sie wie ich —, daß die Schiffe nicht etwa für einen Einsatz in der Nordsee oder in den europäischen Randmeeren geplant sind, sondern als Teil der Blue Water Navy, der ozeanischen Streitkräfte der USA. Ich glaube, als solche haben sie durchaus ihre Berechtigung.

Ich bin auch Ihrer Auffassung, Herr Kollege Hardy, daß jede Teilnahme in einem Bündnis es mit sich bringt, daß man gewisse Selbständigkeiten, gewisse Eigenentscheidungen aufgibt. Das gilt für uns alle. Aber für uns alle gilt auch, daß wir hier keine Supermacht mehr vertreten und daß wir deshalb, wenn wir bestehen wollen, den Weg über das Bündnis wählen müssen und daß nur Einigkeit stark macht.

Ich bin der Auffassung von Herrn Kollegen Wilkinson, daß wir die französischen politischen Prioritäten selbstverständlich achten müssen. Das ist für mich überhaupt keine Frage. Ich möchte aber aus eigener Beobachtung sagen, daß es, auch wenn **Frankreich** mit der französischen Marine nicht Teil der NATO ist, eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen der französischen Marine und den Seestreitkräften der NATO-Staaten gibt.

Ich teile Ihre Beurteilung der besonderen Bedeutung der Ostseezugänge. Auf die Bedeutung dieses Raumes weise ich in meinem Bericht mehrfach hin und ziehe auch gewisse Konsequenzen daraus, um eine bessere Verteidigung dieses sehr empfindlichen Bereichs zu ermöglichen.

Ich bin auch Mr. Wilkinsons Meinung, da die Entscheidung möglicherweise gar nicht auf dem territorialen Bereich, sondern im Seebereich, nämlich im **europäischen Nordmeer,** fallen könnte, einem Meer,

das nur auf der Karte und auf dem Globus so sehr weit aussieht, das in Wirklichkeit aber bei den heutigen Möglichkeiten der Überwachung außerordentlich eng ist, enge Durchgänge bietet und daher für die Sowjetunion, wie ich es dargestellt habe, von ganz besonderer strategischer Bedeutung ist. Nur hier könnte es der Sowjetunion gelingen, eine Flotte in freies Wasser zu schicken.

Ich bin selbstverständlich auch Ihrer Meinung, Herr Kollege Wilkinson, daß eine **Arbeitsteilung im Bündnis** nötig ist. Das gilt auch für die deutsche Bundesmarine, die kein Selbstzweck ist, die keiner meiner Kollegen als nationales Instrument ansieht, sondern nur als Teil des Bündnisses. So ist sie entworfen, so ist sie gebaut, und so wird sie geführt. Das wird auch so bleiben.

Tagesordnungspunkt:

Verteidigungsrelevante Informationstechnologie

(Drucksache 840)

Berichterstatter: Abg. Brasseur

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte, ohne Ihre Zeit über Gebühr in Anspruch nehmen zu wollen, am Schluß dieser Aussprache in Vertretung unseres Vorsitzenden, des Kollegen Valleix, einige kurze Bemerkungen machen.

Zunächst möchte auch ich noch einmal im Namen der ganzen Kommission dem Herrn Berichterstatter, dem Kollegen Brasseur, für die Arbeit danken, die er mit der Vorlage dieses Berichts geleistet hat. Er hat dies — wir sind das von ihm nicht anders gewohnt — in der präzisen Weise, die seine Arbeit im Rahmen der Kommission auszeichnet, getan und dabei auf Grund seines Kenntnisreichtums eine Fülle von Fakten verarbeitet.

Im Namen der Kommission möchte ich auch unserem langjährigen und jetzt wieder neuen Mitglied John Osborn aus der britischen Delegation danken, der hier einen Beitrag geleistet hat. Um etwas aufzugreifen, was er gesagt hat und was uns in unserer Arbeit hier, glaube ich, Kummer macht: wir leiden, so meine ich, lieber Kollege Osborn, nicht so sehr daran, daß es zuwenig Fakten, zuwenig Berichte, zuwenig Zusammenkünfte der verschiedensten Gremien gibt, sondern wir leiden daran, daß zu selten die Frage des „follow-up" gestellt wird — und diese Frage müßte gestellt werden —: Was geschieht mit den vielen Fakten, die in den verschiedenen Parlamenten, in der WEU, im Europarat, im Europäischen Parlament und in den nationalen Parlamenten, zusammengetragen werden? Nehmen wir dort die Chance wahr, diese Fakten auch in politisches Handeln umzusetzen? Das ist eine Frage, die wir uns immer wieder stellen müssen. Der Davignon-Bericht über die Mikroelektronik ist sicher im Reigen der vielen Berichte ein besonders wichtiges Dokument, weil er entscheidendes Basismaterial in diesem Zusammenhang liefert.

Wir hatten heute morgen bereits Gelegenheit, in der Aussprache auf die Bedeutung der elektronischen Datenverarbeitung, der Mikroelektronik und der Informationstechnik hinzuweisen. Ich möchte das jetzt nicht wiederholen. Ich möchte nur noch einmal hervorheben, daß man die zivile und die militärische Nutzung dieser Technik nicht voneinander trennen kann.

Es gab zwei verschiedene Möglichkeiten — so glaubten die nationalen Regierungen, oder vielleicht glauben sie es auch noch — zur Förderung dieser Technik. Den einen Weg haben uns die USA gezeigt. Sie haben Technologieförderung hauptsächlich über große Programme im Verteidigungsbereich betrieben. Denken Sie an die Aufträge des Pentagon oder auch an die großen Programme der Weltraumorganisation NASA.

In Europa ist der andere Weg beschritten worden. Hier hat man versucht, die Technologie direkt durch Zuwendungen seitens der nationalen Regierungen zu fördern. Es gab einmal einen Versuch — er ist leider im Jahre 1975 gescheitert —, die europäische Datenverarbeitungsindustrie unter dem Dach der UNIDATA — so hieß das damals — zusammenzufassen. Mittlerweile — man mag es bedauern oder vielleicht auch begrüßen — versuchen die nationalen Industrien ihren Weg wieder allein zu gehen.

So bleibt uns zum Schluß die Zustandsbeschreibung, die auch von dem Kollegen Brasseur in seinem Empfehlungsentwurf angesprochen worden ist. 80 % der integrierten Schaltkreise müssen wir in Europa importieren. Der Anteil der **europäischen EDV- und Informationstechnikindustrie am Gesamtmarkt** macht nur 16 % aus. Es fehlt an einer gemeinsamen Strategie, diesen Zustand zu ändern. Wenn die Annahme dieses Berichts und die Verabschiedung dieser Empfehlung, um die ich Sie bitte, meine Damen und Herren, einen kleinen Beitrag dazu leisten könnten, hier einen Schritt voranzukommen, wären wir Ihnen sehr dankbar.

Empfehlung 352

betr. die verteidigungsrelevante Informationstechnologie

Die Versammlung

ist sich bewußt, daß Europa auf dem bedeutenden Sektor der mikroelektronischen Bauteile mehr als 80 % seines Bedarfs an integrierten Schaltkreisen importiert;

ist sich bewußt, daß europäische Computerfirmen nur 16 % des Weltmarkts liefern und daß Japan in diesem Bereich bemerkenswerte Fortschritte erzielt hat;

bedauert, daß Europa sich bisher noch nicht die Tatsache zunutze gemacht hat, daß es selbst einen Markt von kontinentaler Größe darstellt und daß es nicht wie beispielsweise Japan eine kohärente Politik und Handelsstrategie verfolgt hat, um einen Teil des Weltmarkts zu erobern;

verweist auf die Verbindung, die zwischen Fernmeldeausrüstung für zivile und für militärische Zwecke besteht;

empfiehlt dem Rat,

die Mitgliedsregierungen eindringlich aufzufordern:

1. die europäische Zusammenarbeit auf Regierungsebene und zwischen den europäischen Industrien, die sich mit Mikroelektronik, Fernmeldewesen und Telematik, Computern und Software sowie der Herstellung von Schnittstellenmodulen befassen, mit den Verbrauchern zu fördern, um in diesem Bereich eine solide industrielle Basis in Europa zu schaffen, die es ermöglicht, den amerikanischen und japanischen Aktivitäten auf dem europäischen Markt und dem Weltmarkt entgegenzutreten;
2. einen wirklich homogenen europäischen Markt für Telematikausrüstung und -dienstleistungen zu schaffen, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke bestimmt sind;
3. Anstrengungen zu unternehmen, um die Aufträge von zivilen und militärischen Behörden zu koordinieren, damit unter anderem eine Interoperabilität der Ausrüstung, sofern sie gerechtfertigt ist, möglich ist.

T a g e s o r d n u n g s p u n k t :

Stand der europäischen Aktivitäten im Bereich der Luft- und Raumfahrt-Antwort auf den 25. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 841)

Berichterstatter: Abg. Scheffler

Scheffler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Beginn meines Berichtes, der sich mit Fragen der Energie, europäischer Luftfahrtindustrie sowie Raumfahrtfragen beschäftigt, möchte ich mich zunächst einmal bei zwei Institutionen recht herzlich bedanken. Zunächst einmal muß anerkannt werden, daß der Informationsfluß und der Umfang der vom Rat gewährten Unterstützung für den Berichterstatter und die Arbeit des Ausschusses außerordentlich hilfreich sind.

Da ich dem neuen, dem neunten Deutschen Bundestag nicht mehr angehören werde, ist der vorliegende Bericht mein letzter in diesem Hause. Ich sehe mich deshalb ganz besonders gedrängt, dem Ausschußbüro für das Sammeln und Zusammenstellen der Informationen, die Vorbereitung des Berichts und seine dadurch gewährleistete Qualität in allen Punkten recht herzlich zu danken. Ich möchte hier den Ausschußsekretär, Herrn Huygens, namentlich nennen; er hat mir immer zur Seite gestanden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Bericht befindet sich ein kurzer Abschnitt über die Energiefragen, die ja im wesentlichen gekoppelt sind mit den allgemeinen Fragen, die dort behandelt werden. Ich habe noch einmal ausdrücklich herausgestellt, daß die Energie-Problematik zu den primären Fragen der westlichen Industrienationen überhaupt gehört, in weitaus stärkerem Maße aber auch zu den Fragen der Existenzgrundlage der Entwicklungsländer. Es ist schon bedrückend, feststellen zu müssen, daß trotz gemeinsamer Willenserklärungen dieses Hauses und des Rates konkrete Erfolge leider noch nicht sichtbar geworden sind.

Einem Bericht der Europäischen Gemeinschaften vom 8. April 1980 zufolge ist der Ölverbrauch auch 1979 um 7,2 % auf insgesamt 525 Millionen Tonnen gestiegen. Das sind 25 Millionen Tonnen mehr, als in dem gemeinsamen Regierungsbeschluß der Mitgliedstaaten vorgesehen war. Die Abhängigkeit vom Öl ist zwar nominell von 54,5 % vom Gesamtenergieverbrauch im Jahre 1978 auf 53,3 % im Jahre 1979 gesunken, die Tatsache aber, daß etwa 38 % der Gasmengen in der Europäischen Gemeinschaft aus der Sowjetunion geliefert werden, macht die möglichen Konsequenzen im Zusammenhang mit der Afghanistan-Krise und die allgemein unbefriedigende Situation noch deutlicher sichtbar als je zuvor. Es ist deshalb nur logisch und auch zwingend, daß die Zeit gemeinsamer Studien und Entschließungen abgelöst werden muß durch konkrete Maßnahmen mit dem Ziel der Verringerung der europäischen Abhängigkeit von Energieeinfuhren. Ich begrüße deshalb die Absicht des Fachausschusses, die Frage der **Energiesicherheit** auch in Zukunft aktiv zu behandeln.

Ich komme nun zu dem Abschnitt **„Europäische Luftfahrtindustrie"** und kann dazu bemerken, daß die europäische Luftfahrtindustrie eine außerordentlich große Produktionspalette umfaßt und in einem harten internationalen Wettbewerb steht.

Der Bericht über den **Airbus** stellt fest, daß die Entwicklung der Airbus-Familie von Anfang an festgestanden habe. Das muß ich heute aber insoweit korrigieren, als eigentlich erst 1978 konkretere Vorstellungen über die Ausweitung der Produktion entwickelt worden sind. Dabei hat vor allem der sich abzeichnende Verkaufserfolg der A-300 sowie die Umweltfreundlichkeit und die hohe Einsatzzuverlässigkeit dieser Flugzeuge eine Rolle gespielt. Man darf sich aber nicht täuschen: Auch in Zukunft werden noch Entwicklungskosten in Milliardenhöhe — in Francs aber auch in D-Mark — für weitere Typen notwendig werden. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit mit Rolls Royce und Fokker so verbessert werden kann, daß parallele Entwicklungen und innereuropäische Konkurrenz auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Ich möchte eine Bemerkung zum Kollegen Osborn machen. Es freut mich sehr, daß er wieder im Ausschuß arbeiten wird. Er wird sicherlich dazu beitragen, daß das, was er soeben selber verlangt hat, auf diesem Sektor auch innereuropäisch umgesetzt werden kann.

Ein Wort zum europäischen **Kampfflugzeug ECA.** Die in diesem Bericht geäußerte Meinung, bereits in den 80er Jahren könnten neue Waffensysteme eingeführt werden, wird durch die Tatsache relativiert, daß die Forschungs- und Entwicklungskosten neuer

Systeme die Finanzkraft eines Landes allein exorbitant übersteigen. Aus diesem Grunde wird die Realisierung der meisten Planungen erst in den 90er Jahren möglich sein können. Zwischen der Weiterentwicklung neuer Flugsysteme und der Raumfahrt besteht aber in einem Punkte ein besonders enger Zusammenhang: Ohne die Weiterentwicklung der Grundlagenforschung über Materialien, die im Zustand der Schwerelosigkeit produziert werden, ist die Konstruktion modernster Flugzeuge, Flugkörper und Waffensysteme außerordentlich begrenzt. Erst die im Weltraum gewonnenen Erkenntnisse und die praktische Entwicklung neuer Legierungen, Metalle und Kohlenstoffverbindungen eröffnet weitere Perspektiven. Ebenso wird auch das Eingang finden müssen, was soeben von dem Kollegen Brasseur dargestellt worden ist. Die Erfahrungen der Telematik werden Möglichkeiten der Raum- und Gewichtseinsparungen eröffnen, die das A und O jeder weiteren Flugzeugentwicklung darstellen.

Die Fachleute aus der Luftfahrtindustrie sind der Meinung, daß es große Konstruktionssprünge im Flugzeugbau nicht so schnell wieder geben wird. Die Reihe vom Kolbenmotor über Turboprop zur Turbine als Antriebsaggregat scheint zunächst abgeschlossen zu sein. Das sagt jemand, der selber in 40 Jahren seines Lebens den Sprung vom motorlosen Flug zum Motorflug und die Entwicklung bis heute persönlich mitgemacht hat.

Überraschenderweise aber hat sich herausgestellt, daß in der Aerodynamik noch nicht alle Möglichkeiten voll ausgeschöpft sind; denn die Forschungen, die unlängst in dem Bereich des sogenannten superkritischen Flügels begonnen haben, sind noch nicht beendet. Auch wurden schon außerordentlich große Erfolge erzielt, was den **Langsamflug** und den **Sparflug** angeht. Weitere Möglichkeiten, wie die Vergrößerung der **Reichweite** etwa, lassen sich nur durch eine Verringerung des Gewichts der Zelle erreichen. Hier befindet sich die europäische Luftfahrtindustrie aber in einer außerordentlich guten Ausgangsposition.

Zum Abschluß dieses Kapitels bin ich — ich muß das ganz offen sagen — wenig optimistisch in der Frage, ob das Programm eines europäischen Kampfflugzeuges sehr schnell verwirklicht werden kann. Der Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland, Herr Dr. Apel, hat bei der Eröffnung der Internationalen Luftfahrtausstellung in Hannover hinsichtlich des sogenannten TKF, des taktischen Kampfflugzeuges, auf die Finanzierungsschwierigkeiten hingewiesen, die sein Verteidigungshaushalt allein nicht bewältigen könne. Das läßt wohl den Schluß zu, daß noch Helfer gesucht werden müssen, um die forschungsmäßige Ausgestaltung dieses Flugzeuges zu finanzieren.

Angesichts dieser Tatsache muß der Prozeß einer strukturellen Konsolidierung der Luftfahrt- und Raumfahrtunternehmungen in Europa weiter vorangetrieben werden. Das ist in Großbritannien und auch in Frankreich schon weitestgehend geschehen, und es ist zu hoffen, daß durch die Fusion von MBB und VFW in der Bundesrepublik der gleiche Zustand erreicht werden wird.

Drittens möchte ich mich den **Raumfahrtfragen** zuwenden. Da sie im Bericht sehr detailliert behandelt worden sind, kann ich mich auch hier sehr kurz fassen.

Dieser Bericht ist geschrieben worden, als der erste erfolgreiche **Ariane**-Start erfolgt war. Wir alle waren ein wenig stolz auf dieses Ereignis. Und ich darf als meine persönliche Meinung sagen: Auch nach dem Fehlstart haben wir noch Anlaß, optimistisch zu sein. Wie ich von der ESA erfahren habe, werden die Ursachen dieses Fehlstarts zur Zeit analysiert, um für die Zukunft Fehler auf ein Minimum zu beschränken und möglichst ganz auszuschließen. Es ist damit zu rechnen, daß der nächste Start noch in diesem Jahr, wahrscheinlich im November, stattfinden wird. Und wie sich gezeigt hat: Die Technologie hat sich trotz der unterschiedlichen Herstellungspositionen in Europa so eingespielt, daß man von einer großartigen Perfektion sprechen kann.

Inzwischen hat sich auch bei der Verzögerung des **Space-Shuttle**-Projekts gezeigt, daß das Interesse der Anwender an dem Ariane-Träger nicht nur erhalten geblieben, sondern sogar noch gestiegen ist.

Ab 1980 wird die experimentielle Phase der Ariane-Entwicklung abgeschlossen sein. Eine große Zahl von Satelliten, insbesondere im Kommunikationsbereich, wird in naher Zukunft ihre Arbeit aufnehmen und dabei nicht nur präzisere **Übermittlungsmöglichkeiten** anbieten, sondern zugleich auch wirtschaftlicher arbeiten können als etwa kabelgebundene Systeme. Von den rund 200 zivilen Satelliten, die im kommenden Jahrzehnt starten werden, sollen etwa 50 von der Ariane transportiert werden. Für elf Satelliten liegen bereits Aufträge vor. Für die europäische Raumfahrtindustrie bietet sich hier eine Chance, die zu nutzen sie auf Grund ihres hohen technischen Wissensstandes durchaus in der Lage ist.

Der Ausschuß für Wissenschaft, Technologie, Luft- und Raumfahrt hat den von mir vorgelegten Bericht einstimmig gebilligt, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn auch Sie sich dieser Meinung anschließen könnten.

Zum Schluß lassen Sie mich eine persönliche Bemerkung machen. Natürlich ist man, wenn man lange Jahre in der Politik gestanden hat, versucht, die Frage zu prüfen: Inwieweit hat das, was hier an technischen Themen vorgetragen wird, überhaupt etwas mit Politik zu tun? Ich glaube, alle Beiträge hier haben aufgezeigt, wie eng heute der technische Fortschritt mit der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Stellung Europas in der Welt verbunden ist und daß es heute darauf ankommt, auf diesen Sektoren Vorsprünge zu erreichen, wenn man seine Positionen auch nur halten will. Ich wünsche der kommenden Beratungsphase, die dieser Ausschuß und dieses Haus vor sich haben, viel Erfolg! — Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Scheffler (SPD): Herr Präsident! Nach den Beiträgen, die hier geleistet worden sind, wäre es eine Respektlosigkeit, wenn der Berichterstatter dazu nicht noch einige Bemerkungen machen wollte.

Zu einem Zeitpunkt, als ich keine großen Flugzeuge mehr fliegen durfte, konnte Herr Wilkinson modernste Flugzeuge fliegen. Wenn man Vergleiche zwischen dem Equipment anstellt, das früher eine JU 52 hatte und das heute ein kleines Flugzeug hat, muß man sagen: Man kann sich heute gefahrloser in eine kleine Cessna setzen, um den Atlantik zu überfliegen und das Flugzeug nach Europa zu überführen, als früher mit einer JU 52 über das Mittelmeer zu fliegen, obwohl auch sie relativ sicher war. So ändern sich die Zeiten. Das nur zur Einführung.

Hier wird deutlich sichtbar, welch gewaltiger technischer Fortschritt sich auch auf diesem Gebiet ereignet hat. Heute steht Radar zur Verfügung. Auf Grund der Forschungsergebnisse durch das Apollo-Programm stehen vor allem sehr viel leichtere und unabhängigere Systeme zur Verfügung, die einem in einem kleinen Flugzeug quasi das Gefühl eines Boeing-747-Kapitäns vermitteln können. So sicher fliegen Sie mit diesen Systemen.

Sie haben etwas Spezielles über die Phantom-Jaguar-Tornado-Konzeptionen gesagt. Ich vermag nicht im einzelnen zu beurteilen, welche Linie verfolgt werden muß. Da wäre ich überfordert. Aber die Schwierigkeit bei der Beurteilung der Situation liegt einfach darin, daß wir alle immer zu viele Ansprüche an ein System gestellt haben. Das war etwa der Fall, als wir den Starfighter für Europa bestellten. Ein Flugzeug, das für schönes Wetter gebaut war, sollte nun mit allerhand Elektronik vollgepackt werden, um bei Wetterbedingungen und in gebirgigem Gelände zu operieren, für die es überhaupt nicht vorgesehen war. Kenner der Maschine behaupten heute noch, daß es eines der besten Flugzeuge der Welt gewesen sei, nur sei es für Europa falsch konzipiert worden. Man muß den Leuten wohl glauben, daß ein gutes Flugzeug für eine falsche Aufgabe eingesetzt worden ist und daher an Wert verloren hat. Herr von Hassel, der die ganze Entwicklung mit gesehen und auch mit verantwortet hat, wird mir in diesem Punkte sicher Recht geben.

Generell muß ich eine Bemerkung zu der sogenannten Konkurrenzsituation der europäischen Staaten untereinander und der Konkurrenzsituation zwischen Europa und den Vereinigten Staaten machen. Es kann hier nicht meine und unsere Aufgabe sein, Gegensätze zu konstruieren, wo im Grunde keine sind. Die Vereinigten Staaten und wir sind NATO-Partner. Wir haben keinen anderen Anspruch als den, unsere eigene Technik so zu entwickeln, wie wir es können. Daß sich dann zwangsläufig Konkurrenzsituationen im geschäftlichen Bereich ergeben, wenn die Vereinigten Staaten ihren Marktanteil im Großflugzeugbau von 97 % in 1976 auf 62 % in 1979 vermindern müssen, liegt wohl klar auf der Hand. Aber Geschäft ist Geschäft, und es ist jedermann gestattet, seine eigene Technologie so zu entwickeln, daß er international gesehen mithalten kann.

Die zweite Frage betrifft die Konkurrenz zwischen den europäischen Staaten. Das Problem ist von Herrn Kollegen Konings angeschnitten worden. Bei den gewaltigen Entwicklungskosten, die heute für ein System notwendig werden, ist es geradezu absurd, diese Kosten einem einzigen Volk anlasten zu wollen. Das ist von keiner Regierung mehr verantwortbar. Diese Tatsache zwingt uns alle, diese Probleme gemeinsam anzugehen. Anders sind sie nicht mehr lösbar. Wer das nicht erkennen will, der muß resignieren und sagen: Wir können neue Systeme, die wir dringend brauchen, nicht mehr entwickeln.

Lassen Sie mich auf einen anderen Punkt zurückkommen. Es ist legitim, daß diejenigen, die heute in der Luft- und Raumfahrtindustrie Beiträge leisten, die begründete Erwartung an den Tag legen können, auch wieder einen Rückfluß zu haben. Überall gibt es Arbeitsuchende, überall gibt es qualifizierte Arbeiter, die weiterbeschäftigt werden wollen. Es wäre geradezu eine leichtsinnige Verschleuderung von hohem technischen Know-how, wenn man diese Kräfte brach liegen lassen und nicht verwenden würde. Dieses Problem stellt sich immer wieder. Wenn Programme wie damals das Symphonie-Programm einen vorläufigen Abschluß gefunden haben, gibt es ein Beschäftigungstal, in dem die Spezialisten sich selbst fragen müssen, ob sie weiterhin ihrer Aufgabe treu bleiben oder ob sie sich andere Arbeitsgebiete suchen müssen.

Ich danke allen drei Berichterstattern für die freundlichen persönlichen Worte, die sie mir gesagt haben, und für die kritischen Anmerkungen, die ich im Grunde genommen nicht als Kritik an dem hier vorgelegten Bericht, sondern nur als Erweiterung und als Signale für die zukünftige Arbeit dieses Ausschusses gewertet haben möchte. Ich bin dafür ganz besonders dankbar.

Im Zusammenhang mit der **Europäischen Raumfahrtagentur (ESA)** hat Herr Konings gesagt, das ESA-Abkommen sei von Frankreich ratifiziert worden. Das ist leider noch nicht der Fall, soviel mir bekannt ist. Deswegen steht der Bericht in diesem Punkte immer noch sehr konkret im Raum, und der Wunsch bleibt immer noch offen.

Von Japan und den USA und dem Vorsprung in der Elektronik war die Rede. Wer die Verhältnisse in Japan einmal gesehen hat, der kann dem nur uneingeschränkt zustimmen. Dort hat man im Laufe der letzten Jahre gewaltige Vorsprünge im Bereich der Produktion von elektronischen Bausteinen erreicht, Vorsprünge, die von der westlichen Welt so schnell nicht aufzuholen sind. Das sollte uns alle zum Nachdenken anregen.

Herr Kollege Osborn hat sich zu Boeing und zu der Konkurrenz zum Airbus geäußert. Ich bin ganz sicher, daß die Frage da gelöst wird, wo es einem der Bewerber gelingt, schneller und billiger zum Ziel zu kommen.

Das trifft sich genau mit der Feststellung, die Sie getroffen haben: Man muß sich fragen, ob es denn mit der fliegerischen Entwicklung in der Zukunft so weitergeht. Es geht im Augenblick nicht nur darum, die Prognose zu erhärten, daß es so weitergeht. Das kann auf Grund der allgemeinen Energiesituation in Frage gestellt werden. Es muß auch

gesehen werden, daß heute ganze Flugzeugfamilien ersetzt werden müssen. Man denke etwa an ein Flugzeug wie die Boeing 707, die jetzt mehr als 20 Jahre sehr sicher fliegt, deren Ersetzung durch ein anderes System aber inzwischen überfällig geworden ist. Die Frage ist durchaus berechtigt, ob man nicht mit einem neuen Flugzeug, das viel preisgünstiger ist und viel ökonomischer fliegen kann, das auch viel umweltfreundlicher fliegen kann, einen guten Renner auf dem Markt hat, mit dem man dann bestehen kann. Das ist im Augenblick mit dem Airbus und den beiden oder den drei nächsten Versionen durchaus der Fall.

Eine Bemerkung noch zur Energiefrage und zu den Erdgaspreisen in England. Was dazu gesagt worden ist, kann ich von mir aus nicht beurteilen. Aber ich glaube sagen zu müssen, daß es keine gespaltenen Preise gibt. Das zeigt sich überall. Die Energienachfrage hebt zwangsläufig alle Energiepreise an. In der Petrochemie gibt es heute nicht mehr hier billige und teure Energien. Durch die Verträge, die an Arbeitspreise und an Lieferpreise gebunden sind, ergibt sich zwangsläufig eine Erhöhung der Erdgaspreise. Die Erdgaspreise haben zum Teil um 50 % angezogen. Das ist einfach eine Tatsache, über die man nicht diskutieren kann. Eine andere Frage ist es, ob man da unter verteidigungspolitischen Gesichtspunkten national zu Änderungen kommen kann. Aber dazu sehe ich von hier aus keine Möglichkeit.

Diese Diskussion hat gezeigt, meine Damen und Herren, daß wir noch lange nicht ein Ergebnis erreicht haben, daß wir noch sehr kritisch weiterarbeiten müssen und daß wir diese Aufgabe nicht leicht nehmen dürfen. Im Grunde geht es für Europa darum, seine Existenz zu behaupten. Deswegen halte ich diese Aufgabe für so außerordentlich wichtig, daß sie immer gemeinsam mit den anderen großen politischen Aufgaben genannt werden muß, die dieses Haus zu bewältigen hat. Dazu wünsche auch in Zukunft viel Glück.

Lenzer (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir bleibt am Ende der Aussprache noch übrig, dem Berichterstatter, dem Herrn Kollegen Scheffler, sehr herzlich für seine Arbeit zu danken. Ich tue das in dem vollen Bewußtsein, im Namen aller Kollegen der Kommission zu sprechen, und möchte auch ein persönliches Wort hinzufügen. Ich arbeite jetzt seit Jahren nicht nur im Deutschen Bundestag allgemein, sondern auch in dem zuständigen Fachausschuß des Deutschen Bundestages und hier in der Versammlung der Westeuropäischen Union mit dem Kollegen Scheffler zusammen, und ich glaube, lieber Kollege Scheffler, ich brauche nicht besonders zu betonen, wie sehr ich es bedauere, daß Sie dem neuen Deutschen Bundestag nicht mehr angehören werden. Ich darf meine Gefühle in den Worten zusammenfassen, daß ich Sie sicherlich vermissen werde.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich auch bei den Debattenrednern bedanken, also bei den Kollegen Wilkinson, Konings und Osborn.

Die beiden Komplexe, um die es in diesem Bericht geht, werden in diesem Hause wie in der Vergangenheit sicher schon in der nächsten Zukunft wieder behandelt werden. Im Bereich der **Energie** hat sich, so müssen wir feststellen, seit der letzten Debatte über diese Frage kaum etwas geändert. Unsere Abhängigkeit mit all ihrem politischen Risiko ist geblieben. Immer noch sind wir zu über 50 % vom Öl abhängig. Das ist von Staat zu Staat unterschiedlich; manchmal ist die Abhängigkeit sogar noch gravierender.

Angesichts der Tatsache, daß wir auch das **Erdgas** als eine entsprechend risikobehaftete Importenergie betrachten müssen, kommen wir, glaube ich, alle zu dem Schluß, daß wir in Zukunft wahrscheinlich weniger Sorgen um die Preise dieser Importenergien als wegen der Frage haben müssen, ob es überhaupt möglich sein wird, die von uns benötigten Mengen zu bekommen.

Wir müssen die Frage stellen, ob die **Einsparung** — deren Potential sicher nicht gering geachtet werden darf — wirklich einen entscheidenden Beitrag zur Entlastung unserer Energiebilanz leisten kann. Obwohl die Einsparung ein interdisziplinäres Ziel ist, das mit entsprechenden Investitionen und auch mit dem Einsatz der modernen Technologien angegangen werden muß, kann man doch zunächst einmal nur das sparen, was man hat. Denn man hat nie gehört, daß jemand, der hungert, durch weiteres entschlossenes Fasten seine Nahrungsbasis plötzlich verbessern konnte.

Eine andere Frage wäre, ob die regenerativen Energiequellen, die uns zur Verfügung stehen und in die ja auch entsprechende Entwicklungs- und Forschungsaufwendungen investiert werden, einen entscheidenden Beitrag leisten können. Obwohl das in der Öffentlichkeit oft bestritten wird, sind sich, glaube ich, auch hier alle internationalen Fachleute in der Einschätzung einig, daß diese Energiequellen bei optimistischer Annahme im Jahre 2000 nur etwa 5 % beitragen können.

Und so muß letztlich jeder in seinem nationalen Parlament oder auch in den internationalen Gremien wie hier für sich die Frage beantworten, wie er es mit den einheimischen Rohstoffen hält. In meinem Heimatland, der Bundesrepublik Deutschland, spielt hier z. B. die **Kohle** — Stein- und Braunkohle — eine besonders große Rolle. Ich betrachte Kohle in diesem Zusammenhang nicht nur als Brennstoff, sondern ich möchte die Kohle als Rohstoff ansprechen, der z. B. zu schade dafür ist, unter dem Kessel eines Kraftwerks verbrannt zu werden. Die Kohle soll vielmehr als Rohstoff für die Herstellung von **SNG** — Substitute Natural Gas —, von künstlichem Erdgas dienen, damit sie auf dem Wärmemarkt das Öl entlasten kann oder damit aus ihr auch direkt **Treibstoff** hergestellt werden kann. Die entsprechenden Technologien sind seit den 30er Jahren bekannt. Es geht jetzt darum, wieder den großtechnischen Anschluß zu bekommen, der in der Zwischenzeit verlorengegangen ist.

Ein weiteres Politikum: Jeder Abgeordnete muß für sich die Frage beantworten, ob er auf diesem Hinter-

grund auf die friedliche Nutzung der **Kernenergie** verzichten möchte. Wer die Frage, ob man die Kernenergie friedlich nutzen solle, positiv beantwortet, muß diese Antwort vor der Bevölkerung begründen. Aber auch derjenige, der sie negativ beantwortet, muß diese negative Antwort begründen und sagen, wie er die Energieversorgung sichern will.

Nun, meine Damen und Herren, auch im Bereich der **Luft- und Raumfahrtindustrie** — in diesem Bereich hat ja der Kollege Scheffler in dem Ausschuß, für den ich spreche, in den letzten Jahren besonders engagiert gearbeitet — gibt es natürlich an einigen wenigen Punkten gewisse Spannungsfelder, z. B. hinsichtlich der Einschätzung des Verhältnisses der nationalen Programme zu den internationalen Programmen. Wir werden die Frage beantworten müssen, ob es richtig ist, daß bei marktnahen Programmen immer stärker die nationalen Industrien zum Tragen kommen, ob dies noch Aufgabe einer internationalen Organisation sein kann. In Zukunft wird die Rolle der **ESA** in engem Kontakt mit ihr selbst diskutiert werden müssen.

Ich kann mit Freude bekunden, daß in diesem Ausschuß immer ein besonders enger Kontakt zu den Verantwortlichen der ESA bestanden hat, und ich hoffe, daß das auch bei dem neuen Generaldirektor der Fall sein wird.

Aber ich bitte auch um Verständnis, wenn sich die einzelnen Regierungen angesichts der erheblichen Beiträge, die sie für diese Organisation aufbringen, noch einmal Gedanken über die weitere Aufgabenstellung machen. Ich sage das angesichts der Tatsache, daß z. B. die Bundesrepublik Deutschland trotz einer geringfügigen Kürzung im Haushaltsjahr 1980 die Summe von 405 Millionen DM an Beiträgen für die European Space Agency aufbringt.

Um auf die **Ariane** zu kommen: Herr Scheffler hat dem erfolgreichen Start und auch dem Fehlstart einige Bemerkungen gewidmet. Eines steht fest: Wir werden Lehrgeld zahlen müssen. Aber wir dürfen nicht gleich die Flinte ins Korn werfen. Denn eines ist uns allen klar oder sollte uns allen klar sein — ich darf das wiederholen —: Ohne einen Träger werden wir auf dem Markt auch nicht einen Anwendungssatelliten verkaufen können. Dieser Zusammenhang muß unbedingt gesehen werden.

Zum **Airbus** auch eine etwas kritische Erinnerung. Es möge sich jeder einmal prüfen, ob er, der jetzt mit einer gewissen Begeisterung den Verkaufserfolg des Airbus feiert und in der Öffentlichkeit beklatscht, das alles von Anfang an so gesehen hat. Ich glaube, hier bedurfte es einer gewissen Seelenmassage — so möchte ich es einmal ausdrücken —, bis man einmal den toten Punkt überwunden hatte. Manche, die heute irgendwo auf dem Podium stehen und den Airbus feiern, hätten am liebsten die Flinte ins Korn geworfen. Denn die Verkaufssituation und die Erlössituation waren nicht von Anfang an so, wie sie jetzt Gott sei Dank von uns eingeschätzt werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich und bitte Sie um Zustimmung zu der Entschließung.

Herr Präsident, für unseren Vorsitzenden und Kollegen Valleix, der in der Zwischenzeit wieder zu uns gekommen ist, darf ich noch seine ganz persönlichen Glückwünsche an die Adresse des Berichterstatters und seinen Dank an Herrn Scheffler für die gute Zusammenarbeit aussprechen.

Empfehlung 354

betr. den Stand der europäischen Aktivitäten im Bereich der Luft- und Raumfahrt — Antwort auf den 25. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

vermerkt, daß das Übereinkommen zur Gründung der Europäischen Weltraumorganisation (EWO) seit dem 30. Mai 1975 in Kraft ist und daß Frankreich das Übereinkommen immer noch nicht ratifiziert hat, obwohl es in der Organisation, die ihren Sitz in Paris hat, eine bedeutende Rolle spielt;

verweist auf die getrennte Entwicklung eines nationalen französischen und deutschen Direktübertragungssatelliten und den großen Satelliten der EWO;

teilt die Auffassung des Rates, daß die europäische Industrie einen gerechten Anteil an Aufträgen für militärische Anwendungssatelliten erhalten muß;

ist sich der Verschlechterung der Lage in bezug auf die Energieversorgung Westeuropas und der sich daraus ergebenden Bedrohung für die politische und militärische Lage Europas bewußt;

ist erfreut darüber, daß sich mehrere Mitgliedsländer dem Abschluß eines Abkommens über einen Entwicklungsplan für ein taktisches Jagdflugzeug — das europäische Kampfflugzeug — für die 90er Jahre nähern;

begrüßt die Gründung einer europäischen Airbus-Flugzeugfamilie, bedauert jedoch, daß das Entwicklungsprogramm für die FOKKER-29 noch nicht mit dem Airbus-Programm gekoppelt ist,

empfiehlt dem Rat,

1. die französische Regierung nachdrücklich aufzufordern, das EWO-Übereinkommen 1980 zu ratifizieren;

2. die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation aufzufordern, angemessene Schritte zu unternehmen, um eine enge Koppelung zwischen dem nationalen französischen und deutschen Programm für Direktübertragungssatelliten und dem EWO L-Sat-Programm zu gewährleisten, damit die Interessen der europäischen Raumfahrt auf weltweiter Ebene und auf dem Weltmarkt nicht gespalten sind;

3. die Regierungen der Mitgliedstaaten der EWO aufzufordern, die politische Bedeutung einer europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Raumfahrt und die Notwendigkeit zu berücksichtigen, Entscheidungen hinsichtlich der Zu-

kunft der Organisation auf angemessener politischer Ebene zu treffen;

4. die Regierungen der Mitgliedstaaten angesichts der Bedrohung der europäischen Sicherheit eindringlich aufzufordern, sich auf der Grundlage der in Dublin im November 1979 angenommenen Entschließung auf die erforderlichen praktischen Anwendungsmaßnahmen zu einigen, um für die Europäische Gemeinschaft eine wirksamere Energiepolitik zu entwickeln und einen gemeinsamen europäischen Energieplan bis zum Jahre 1990 auszuarbeiten;

5. a) die Regierungen Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland und des Vereinigten Königreichs zur Gewährleistung der Verwirklichung der Studie über die industrielle Durchführbarkeit des europäischen Kampfflugzeuges und

   b) die anderen Mitgliedsländer zur Beteiligung an diesem wichtigen europäischen Unternehmen und zur Mitwirkung an der Produktion dieses Flugzeuges

   aufzufordern;

6. die Regierung der Niederlande aufzufordern, ihren politischen und finanziellen Einfluß geltend zu machen, um eine europäische Lösung zu fördern, bei der das FOKKER-29-Programm mit dem Airbus-Programm gekoppelt wird.

Donnerstag, 5. Juni 1980

Tagesordnungspunkt:

Ein europäisches Satellitenprogramm zur Entdeckung von Erdressourcen

(Drucksache 842)

Berichterstatter: Abg. Wilkinson

Tagesordnungspunkt:

Die Beziehungen zu den anderen europäischen Versammlungen und Parlamenten der Mitgliedsländer

(Drucksache 835)

Berichterstatter: Abg. Mommersteeg